Martin Platt: Fanal zur Revolution?

Kiel-Berliner Wechselwirkungen in der zeitgenössischen Berichterstattung 1918/19

Das Jahr 2018 hat der deutschen Revolution von 1918/19 einen lange erwarteten Aufmerksamkeitsschub gebracht. Nicht nur die Zahl der Festveranstaltungen zu ihrem 100. Jubiläum war erheblich, auch an neueren Publikationen mangelt es nicht. Wolfang Niess, Robert Gerwarth und Klaus Gietinger etwa haben Darstellungen geliefert, die wissenschaftlichen Anspruch und öffentliches Interesse auffallend miteinander zu verbinden versuchen.[1] Bemerkenswert häufig wurden in diesen Publikationen wie in den Festveranstaltungen die demokratischen *Leistungen* dieser historischen Episode betont, während der Fokus in den Jahrzehnten zuvor zumeist auf den *Potentialen* gelegen hatte. Während ihre vorherigen Jubiläen oft vernachlässigt wurden, ist die deutsche Revolution 2018 erinnerungsgeschichtlich rehabilitiert. „Vergessen" ist sie jedenfalls keineswegs mehr.[2]

Insofern hat sich bewahrheitet, was Uwe Danker und Oliver Auge im Jahr 2014 in dieser Zeitschrift vorgezeichnet haben, nämlich ein auf das Jubiläumsjahr zulaufender Wandel von der sperrigen Erinnerung hin zu einer positiven Erinnerungskultur der deutschen Revolution.[3] So ist der Blick auf Revolution und Weimarer Republik heute in der Tat nicht mehr verschämt, wie Alexander Gallus noch 2010 feststellen musste.[4] Kulminationspunkt ist dabei das auf große Deutschland-Tour gegangene Buch von Wolfgang Niess.[5] Dort wird die deutsche Revolution von 1918/19 als „der wahre Beginn unserer Demokratie" beschworen, das heißt nicht zuletzt explizit unserer heutigen Demokratie und nicht vordergründig derjenigen der historischen Zeitgenossen. Sowohl Uwe Dankers Wunsch nach einer Popularisierung des Erinnerns an 1918/19 wie Oliver Auges Befürchtung, dieses Erinnern könnte einer marketingorientierten „Inwertsetzung" verfallen, scheinen sich erfüllt zu haben. Das zeigt nicht zuletzt das Beispiel Kiel. Die Förderung nüchterner Publikationen (Rackwitz), breitenwirksamer musealer Popularisierung („Stunde der Matrosen") und ahistorischer städtischer Imagekampagnen („Aufstehen!") liegen hier sehr eng beieinander.[6]

HistorikerInnen nehmen in diesem Zusammenhang eine doppelte Funktion ein. Sie liefern über die Erschließung der Quellen und über ihre Interpretationen, Positionen und Diskussionsverläufe einerseits das Material für eine populär-gesellschaftliche Auseinandersetzung, an der sie sich, ihrer eigenen Gegenwärtigkeit bewusst, schließlich auch selbst beteiligen. Andererseits sind sie mit ihrer wissenschaftlichen Herangehensweise immer wieder bemüht, die in der Öffentlichkeit angestoßene Diskussion nicht allzu weit vom historischen Material abdriften zu lassen, sondern der Historizität ihres Gegenstandes bewusst zu bleiben. Sie stehen damit im Spannungsfeld, die Aktualität der Geschichte nachzuweisen und sie doch nicht mit der Gegenwart gleichzusetzen.

1 Vgl. Gerwarth, Robert, Die größte aller Revolutionen. November 1918 und der Aufbruch in eine neue Zeit, München 2018; Niess, Wolfgang, Die Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie, München 2017; Gietinger, Klaus, November 1918. Der verpasste Frühling, Hamburg 2018.

2 Gallus, Alexander, »Die vergessene Revolution von 1918/19 – Erinnerung und Deutung im Wandel«, in: Gallus, Alexander (Hg.), Die vergessene Revolution von 1918/19, Göttingen 2010, S. 14–39.

3 Siehe Auge, Oliver, »Problemfall Matrosenaufstand. Kiels Schwierigkeiten im Umgang mit einem Schlüsseldatum seiner und der deutschen Geschichte«, Demokratische Geschichte 25 (2014), S. 307–328; Danker, Uwe, »Revolutionsstadt Kiel. Ausgangsort für die erste deutsche Demokratie«, Demokratische Geschichte 25 (2014), S. 285–306.

4 Gallus, Alexander, »Einleitung«, in: Gallus (Hg.), Die vergessene Revolution, S. 7–13.

5 Niess, Der wahre Beginn [wie Anm. 1].

6 Vgl. dazu u.a. Rackwitz, Martin, Kiel 1918. Revolution - Aufbruch zu Demokratie und Republik, Kiel 2018; Kinzler, Sonja/Tillmann, Doris (Hg.), Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution 1918, Darmstadt 2018. Unter dem Motto „Aufstehen! 100 Jahre Kieler Matrosenaufstand. Demokratie erkämpfen. Demokratie leben" fand sich ein von einer Agentur begleiteter Ausschuss verschiedener Kieler Institutionen und Vereine zusammen, um das 100-jährige Jubiläum in zahlreichen Veranstaltungen und Verlautbarungen zu würdigen. Vgl. hierzu Schwabe, Astrid: Erinnerungen an 1918 in Kiel – Schlaglichter auf die regionale Geschichtskultur im Gedenkjahr 2018, in: Demokratische Geschichte 29 (2018), S. 171-198.

„Demokratie erkämpfen. Demokratie leben." lautete das Leitmotiv der Veranstaltungskampagne zum 100-jährigen Jubiläum des Kieler Matrosenaufstandes. Ausschnitt aus dem entsprechenden Webauftritt der Stadt Kiel, https://www.kiel.de/de/kultur_freizeit/1918/index.php (Zugriff: Januar 2018).

Bild rechts:
„Dem Mutigen gehört die Welt!" Zeitgenössische Postkarte (genauer Entstehungshintergrund unbekannt), die das Engagement der Kieler Matrosen für Freiheit und Revolution würdigt. Quelle: frzph.

In diesem Sinn dient mein Beitrag als Korrektiv zu einer im Jubiläumsjahr doch allzu sehr gegenwartsbezogenen Sicht auf die deutsche Revolution von vor einhundert Jahren. Am Beispiel der journalistischen Wechselwirkungen zwischen Kieler und Berliner Berichterstattung zur Jahreswende 1918/19 möchte ich die Debatte um eine demokratische Erinnerungskultur der deutschen Revolution dezidiert an die historischen Quellen zurückbinden. Ich folge damit dem von Alexander Gallus formulierten Auftrag, eine Re-Aktualisierung der deutschen Revolution in erster Linie durch deren konsequente Historisierung zu verfolgen.[7]

Kiel sei, begegnet es LeserInnen vorzugsweise regionalgeschichtlicher Publikationen häufig, das „Signal zur deutschen Revolution" gewesen.[8] Die Kieler Matrosen seien die „Sturmvögel der Revolution" gewesen und hätten in Kiel gewissermaßen das Startsignal für eine Schussfahrt ans Ende der Monarchie gegeben.[9] Daraus wird für die Stadt Kiel wie für ihre Matrosen und ArbeiterInnen eine besondere Rolle in der demokratischen Erinnerung und Selbstvergewisserung abgeleitet.[10] Von dieser Beobachtung ausgehend, stelle ich die Frage, ob die historischen ZeitgenossInnen ähnliche Ansprüche hegten, beziehungsweise ob und wie sie diesen Ausdruck gaben. Anhand von vier Berliner und drei Kieler Tageszeitungen zeichne ich nach, wie über die Vorgänge in Kiel berichtet worden ist, welchen symbolischen und praktischen Stellenwert man diesen mit Blick auf eine Erinnerungsgeschichte der Weimarer Republik zumaß und welche Geltungsansprüche sich daraus ableiteten. Bei den ausgewählten Zeitungen handelt es sich um „Berliner Tageblatt" (BTB), „Vorwärts", „Freiheit" und „Rote Fahne" (RF) aus Berlin, beziehungsweise „Kieler Neueste Nachrichten" (KNN), „Kieler Zeitung" und „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung" (SHVZ) aus Kiel.

Historische Zeitungen können kein umfassendes Bild vergangener Stimmungen, Beobachtungen und Gesprächsverläufe nachzeichnen. Sie sind aber doch – zumal in der analogen Welt des frühen

7 Gallus, Alexander, »Auf dem Weg zur Reaktualisierung durch Historisierung. Die vergessene Revolution von 1918/19 revisited«, in: Braune, Andreas/Dreyer, Michael (Hg.), Weimar als Herausforderung. Die Weimarer Republik und die Demokratie im 21. Jahrhundert, Stuttgart 2016, S. 9-22.
8 Vgl. das Geleitwort bei Dähnhardt, Dirk, Revolution in Kiel. Der Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik 1918/19, Neumünster 1978.
9 Kollex, Knut-Hinrich, »Blaupause für die Revolution. Die 'Kieler 14 Punkte'«, in: Kinzler/Tillmann (Hg.), Die Stunde der Matrosen, S. 122–128, hier: S. 122.
10 Danker, Revolutionsstadt Kiel [wie Anm. 3], S. 295.

REVOLUTION
Dem Mutigen gehört die Welt!
FREIHEIT
KIEL

20. Jahrhunderts – eine wichtige Quelle für das zeitgenössische Meinungsbild und für publizistische Multiplikationseffekte. Auswahl und Kommentierung der politischen Tagesereignisse stellen, insbesondere in den Leitartikeln, stets auch den Versuch dar, eine hinreichend kongruente – und damit zumindest für die eigene Leserschaft einigermaßen verbindliche – Erzählung herzustellen. Im Rahmen dieses Beitrages interessieren mich dabei in erster Linie solche Zeitungen, von denen auszugehen ist, dass sie das Ende des Kaiserreiches positiv sahen, für deren Redakteure also ein demokratisches beziehungsweise revolutionäres Bewusstsein zu erwarten ist. Auf die wohlbekannten anti-demokratischen Gegenerzählungen, wie sie im Begriff der „Dolchstoßlegende" zusammengeführt werden können, gehe ich hier nicht ein.[11] Mit den Kieler Neuesten Nachrichten ist nur eine Zeitung aus dem republik-kritischen rechtsbürgerlichen Umfeld vertreten, während für die anderen ausgewählten Zeitungen durchaus eine einigermaßen demokratische beziehungsweise republikanische Leserschaft reklamiert werden kann. Wie berichteten diese Zeitungen über die Vorgänge in Kiel? Wie verorteten sie sie im Kontext „Revolution" beziehungsweise in Bezug auf eine republikanische Gründungserzählung? Reklamierten die Kieler Zeitungen für ihre Stadt wegen des dortigen „Matrosenaufstandes" eine Sonderstellung als symbolischer Ort der Revolution? Inwiefern galt das Vorgehen der Kieler ArbeiterInnen und Matrosen als unter demokratischen Auspizien vorbildlich oder nachahmenswert? Welche Rolle spielten Kieler „Revolutionäre" in Berlin? Wie und in welchem Kontext griffen Berliner Zeitungen die Kieler Ereignisse in ihrer Berichterstattung faktisch oder symbolisch auf? Bestand zwischen Kieler und Berliner Zeitungen eine Wechselwirkung hinsichtlich der erzählerischen Bezugnahme auf Kiel?

Die herangezogenen Zeitungen zeichnen sich zwar durch unterschiedliche Reichweite und redaktionelle Traditionen aus – so sind „Rote Fahne" und „Freiheit" erst in den ersten Tagen nach der Abdankung Kaiser Wilhelms II. erstmalig erschienen –, sind aber in der Häufigkeit des Erscheinens (ein- bis zweimal täglich) und in ihrem Umfang (3-4 Seiten mit ggf. zusätzlichem Anzeigenteil) gut vergleichbar. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich von der ersten Berichterstattung über die Geschehnisse in Kiel Anfang November 1918 bis zur Wahl des Reichspräsidenten im Februar 1919.

Springquell der Revolution: Kieler Selbstbeschreibungen. Über politisch außergewöhnliche Vorgänge in Kiel berichteten die hiesigen Zeitungen erstmals am 4. November 1918. Während die sozialdemokratische Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung die Geschehnisse vom Vortag auch gegen den nach eigener Auskunft deutlichen Widerstand der Zensurbehörden auf der Titelseite würdigte, waren sie in der links-bürgerlichen Kieler Zeitung hingegen nur im Lokalteil zu finden.[12] Die rechts-bürgerlichen Kieler Neuesten Nachrichten enthielten sich einer Berichterstattung über die „Kieler Vorgänge" am 4.11. sogar noch ganz. Erst am folgenden Dienstag, den 5.11., be-

11 Vgl. dazu stattdessen Niess, Wolfgang, Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung. Deutungen von der Weimarer Republik bis ins 21. Jahrhundert, Berlin 2012, hier v.a. das Kapitel zur Weimarer Republik; Barth, Boris, *Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914-1933*, Düsseldorf 2003.

12 SHVZ Nr. 259, 04.11., „Es wird Wandel geschaffen"; Kieler Zeitung Nr. 518, 04.11., „Unruhen in Kiel".

13 KNN, Nr. 260, 05.11., „Kieler Chronik".

Kieler Neueste Nachrichten

24. Jahrgang. Nr. 260.

Dienstag den 5. November 1918.

Berichte der Obersten Heeresleitung.

4. November, nachmittags.

Gouvernements-Erlaß.

Besonderheit.

Ausriss aus den „Kieler Neuesten Nachrichten" vom 5. November 1918 (Nr. 260), die im Innenteil erste Schilderungen über den „erregten Sonntag" des Matrosenaufstandes liefern. Quelle: Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek.

richteten sie vom zurückliegenden „erregten Sonntag in Kiel".[13] Die eingelaufenen Meldungen schienen den Redakteuren aber auch jetzt noch derart unübersichtlich, dass sie sich zu einer kommentierenden Einordnung nicht durchringen konnten.

Auch die Kieler Zeitung hielt von einer Interpretation der Ereignisse zunächst Abstand und beschränkte sich auf bloße Beschreibungen. So habe sich am Sonntagnachmittag von der Kieler Waldwiese her ein wachsender Demonstrationszug in die Kernstadt begeben. Es sei schließlich zu Zusammenstößen mit den örtlichen Sicherheitsbehörden gekommen, in deren Folge insgesamt acht Tote und 20 Verletzte zu beklagen seien. In der Nacht sei allerdings wieder Ruhe eingekehrt.[14] Von einer tieferen geschichtlichen oder gar symbolischen Bedeutung dieser wiewohl sichtbar außergewöhnlichen Geschehnisse ist nichts zu lesen.

Deutlich interpretationsfreudiger zeigte sich die SHVZ. Die beklagenswerten Gewaltaktionen in Kiel seien nicht bloß spontanen lokalen Verwerfungen geschuldet, sondern hätten stellvertretend bedeutsame gesellschaftliche Missstände offenbart, die im Schlagwort „Militarismus" zusammengefasst wurden.[15] Die Kluft zwischen Offizier und Mann sei in Deutschland – und nicht allein in Kiel – derart erheblich geworden, dass die daraus resultierenden Spannungen sich, wie jetzt in Kiel, notwendigerweise einmal würden entladen haben müssen. Die Kieler Geschehnisse stünden daher nicht für sich, sondern hätten „auch dem Blindesten" verdeutlicht, wie fundamental reformbedürftig Gesellschaft und Militärsystem des Kaiserreiches gewesen seien. Die an den Ereignissen veranschaulichte „Hydra des Aufstandes" wiederum, nämlich der gewaltsame Ausdruck dieser grundsätzlichen Missstände, stelle jedoch keine Methode der organisierten Arbeiterbewegung dar. Gewaltsame Putschtaktik habe sich vielmehr als historischer Irrweg erwiesen und sei abzulehnen. Die Kieler Geschehnisse hatten in der Darstellung der SHVZ also durchaus übersinguläre Bedeutung, wurden aber dennoch nicht zu Export und Nachahmung empfohlen.

Dieses ambivalente Bild in der Kieler Berichterstattung setzte sich in den folgenden Tagen fort. Zwar bestand in der Beschreibung des Geschehenen kaum Diskrepanz – von großen Menschenmengen, roten Fahnen, der Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten, der Abdankung des Gouverneurs, der symbolischen Entwertung militärischer Rangunterschiede und dem Übergang der städtischen

14 Kieler Zeitung Nr. 518, 04.11., „Unruhen in Kiel".

15 SHVZ Nr. 259, 04.11., „Das Ende mit Schrecken".

26. Jahrgang. Schleswig-Holsteinische Nr. 259.

Volks-Zeitung.

Redaktion: Fernsprecher Nr. 5961. Organ für das arbeitende Volk. Expedition: Fernsprecher Nr. 446.

Die „Volks-Zeitung" erscheint werktäglich und ist durch die Hauptexpedition in Kiel, Feldstraße 11, und sämtliche Filialen zu beziehen. Bezugspreis: Vierteljährlich 3,60 Mk., monatlich 1,20 Mk. im voraus frei ins Haus. Einzelne Nummer 10 Pf. Mit der illust. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" monatlich 5 Pf. mehr. Der Bezug von „Neue Welt" kann nur durch Zeitungsträger, nicht durch Postbezieher erfolgen. Der Bezugspreis der Zeitung durch die Post (mit ohne „Neue Welt") beträgt frei ins Haus monatl. 1,34 Mk., Postpost monatl. 1,40 Mk. Abbestellungen nur schriftlich oder mündlich.

Kiel, Montag, den 4. Novbr. 1918.

Anzeigenpreis für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in Kiel und der Umgebung 40 Pfennig, außerhalb der Provinz 50 Pfennig. Reklamezeilen (92 Millimeter breit) 1,25 Mk. Sonntags nach Tarif. Inserate bis 10 Uhr vormittags in der Hauptexpedition in Kiel, Feldstraße 11. Telegramm-Adresse: „Volks-Zeitung, Kiel."

Das Ende mit Schrecken?

Die Hydra des Aufruhrs hat gestern abend ihr wildes Schlangenhaupt erhoben. Abteilungen von Matrosen und Applikanten bewaffnet mit Maschinengewehren, Gewehren und Revolvern das Gefängnis in der Feldstraße gegen meuternde Matrosen, die ihre Kameraden daraus befreien wollten. Soll wirklich die Selbstzerfleischung, das Ende mit Schrecken werden, nach dem Schrecken ohne Ende? Noch dem Elend und dem Jammer dieses Weltkrieges?

Die Marinebehörden glauben im Recht gehandelt zu haben, denn sie setzten Gewalt einem gewaltsamen Angriff entgegen. Aber dieses Recht ist nur das enge und vergängliche des jeweils geltenden Buchstabens. Das ist das Unheilvolle und Tragische der gegenwärtigen Lage, daß das Böse fortzeugend Böses gebiert, daß der innere Widerspruch und der Klassencharakter des Militärismus schließlich zum tragischen Ende führen muß.

Den Kommandostellen mußte seit langem die Gärung unter den Matrosen, namentlich bestimmter Schiffe, bekannt sein. Sie haben ernste Sorgen und Beschwerden. Man hat auch versucht, die heraufziehende Gefahr durch gutes Zureden zu beschwören. Aber auch hier mußte dem herrschenden Militärsystem seine innere Zwiespältigkeit zum tragischen Verhängnis werden, denn gegenüber der sogenannten vaterländischen Aufklärung hat sich der Soldat nachgeradezu daran gewöhnt, gerade das Gegenteil von dem für wahr zu halten, was ihm gesagt wird. Alle Bemühungen, das Unheil abzuwenden, mußten in ihr Gegenteil umschlagen, weil sie völlig verfehlt waren und zeigten, daß den noch herrschenden Gewalten jedes Gefühl für die Psychologie des Mannes abgeht. Am Sonnabend voriger Woche wollten sich die Matrosen bestimmter Schiffe im Gewerkschaftshaus versammeln. In der gegenwärtigen Situation wäre es das Gegebene gewesen, wenn die Marinebehörden ihre Vertreter hingeschickt, Rede und Antwort gestanden und bestimmte Zusicherungen gemacht hätten. Dann hätte das Unheil beschworen werden können. Aber der Gedanke, sich in Rede und Gegenrede den freien deutschen Mannes dem Soldaten gegenüber zu stellen, will dem Militärismus nicht in den Kopf. Seine einzige Logik und das Argument, das ihm am beweiskräftigsten erscheint, ist die brutale Gewalt. Das Gewerkschaftshaus wurde für Sonnabend den Matrosen verboten. Wie wir befürchteten, hat dieses Verbot das Gegenteil von dem erreicht, was beabsichtigt war. Am Abhalten von Versammlungen verhindert, kamen die Matrosen auf den Gedanken, zu demonstrieren. Durch kleine Handzettel wurden die Arbeiter aufgefordert, sich an der Demonstration zu beteiligen. Als Gegenmaßnahme wurde Alarm geschlagen, der die Matrosen zwingen sollte, sich auf ihre Schiffe und in ihre Quartiere zu begeben. Dieser Alarm aber, der in den gestrigen Nachmittagstunden mit Trommelwirbeln und Trompetenstößen die Straßen von Kiel durchhallte, ist in Wirklichkeit auf nichts anderes hinausgelaufen, als auf eine kräftige Agitation für die Demonstration. Denn zweifellos sind viele Matrosen erst durch ihn auf das Vorhaben ihrer Kameraden aufmerksam gemacht worden. So nahm das Unheil seinen Lauf, und schließlich blieben dem Marinekommando als Letztes und Hauptargumente das Maschinengewehrfeuer und die Kugeln aus Kleinkalibern, die gestern die Straßen von Kiel durchpfiffen, als letzte Stütze eines morschen, zusammenbrechenden Systems. Nach den uns zugegangenen Mitteilungen hat es gestern abend etwa 8 Tote und 29 Verwundete gegeben, darunter auch Frauen und Kinder. Blutlachen liegen in der Brunswikerstraße, wo der Hauptzusammenstoß der demonstrierenden Menge mit der abkommandierten Abteilung stattfand. Ueber den Vorgang ist uns folgender Bericht zugegangen:

> Auf dem großen Exerzierplatz sind gestern abend schätzungsweise 3000 Personen, vorwiegend Matrosen, versammelt gewesen. Von verschiedenen Rednern wurde dazu aufgefordert, die gefangenen Kameraden zu befreien. Ein Arbeiterführer, der auf die heute nachmittag stattfindende Vertrauensmännerversammlung hinwies und zur Besonnenheit mahnte, wurde durch erregte Zurufe übertönt. Matrosen drangen in die Kaserne der Waldwiese ein und ermöglichten es den dort zurückgehaltenen Matrosen, ihnen zu folgen. Als der Zug in der Brunswiker Straße, Ecke Karlstraße, angelangt war, stieß er auf eine Straßenabsperrung von etwa 48 Marinen und Applikanten, die von einem Leutnant befehligt wurden. Auf das Kommando des Leutnants wurden Salven gegen die anrückende Menge abgeschossen. Zuerst waren es Pistolenschüsse, das zweitemal aber wurde scharf geschossen. Hierbei gab es 8 Tote und, wie wir hören, 29 Verwundete, darunter Frauen und Kinder. Noch bis in die Nacht hinein standen in den Straßen von Kiel um das Gefängnis in der Feldstraße herum Abteilungen neben zusammengestellten Gewehren.

Die Zeitungsstelle gibt an, daß der befehlende Offizier dreimal an die Menge die Aufforderung richtete, auseinanderzugehen, und daß dann erst der Befehl zum Schießen erfolgte.

Es wird Wandel geschaffen.

Die bedauerlichen Vorgänge in Kiel haben uns veranlaßt, sofort einen Vertreter nach Berlin zu entsenden. Genosse Stürbis hat heute früh mit der Regierung verhandelt. Er trifft abends wieder in Kiel ein, und dann wird gehandelt und Wandel geschaffen werden. Genosse Ebert hat keinen Zweifel mehr darüber gelassen, was ja von vornherein feststand, daß die Partei jede unblutige Fortführung des Kampfes ablehnt. Sie bittet angesichts der gegenwärtigen innerpolitischen Lage und des entschlossenen Willens der Regierung einzugreifen, dringend, daß die Arbeiter in den Betrieben bleiben.

Wir bedauern die gestrigen Vorgänge auf das tiefste, weil wir in ihnen die tragische Auswirkung eines Zwiespalts sehen, der tiefer liegt, als im persönlichen Verschulden einzelner, der seine Ursache in der Klassenscheidung hat, die den Gesellschaftskörper trennt und zerreißt und sich nirgends so kraß widerspiegelt, als im Militarismus mit seiner Kluft zwischen Offizier und Mann, mit jener aus dem Feudalismus entstandenen Behandlung und Rechtsstellung der Mannschaften, die diese als bloßes Objekt zerrochten und sie bedingungslos dem Willen ihrer Vorgesetzten ausliefern. Dieses System, das den Analphabeten und Leibeigenen des Feudalismus auf den Leib geschrieben war, muß bei dem Soldaten des modernen Industriestaates notwendig Schiffbruch erleiden. Nun stehen die Matrosen bereits über Jahre unter einem Druck und einem Drill, der sie mit eisernen Zangen faßt. Ungeheure, nur zu lange niedergehaltene Kräfte gären in den jungen Köpfen und drängen nach Betätigung. Ueberall aber stoßen sie gegen eine eiserne Mauer kalter Verständnislosigkeit. Da ist es kein Wunder, wenn ihr Druck zu gegebener Zeit überstark wird und sich gewaltsam ein Ventil sucht, das ihm fehlt. Wäre unsere Militärverfassung auch nur zum Teil der gesellschaftlich-politischen Entwicklung gefolgt und hätte sie sich daran gewöhnt, auch in dem Soldaten den Staatsbürger und freien Mann zu sehen, dann wären solche gewaltsamen Putsche, wie sie jetzt versucht werden, nicht möglich. Die Geschichte der modernen Arbeiterbewegung lehrt, daß der unorganisierte verzweifelte Putsch jedesmal die notwendige Folge politischer Rechtslosigkeit gewesen ist und daß er aufhört, sobald die Möglichkeiten für die organisierte und geregelte Geltendmachung der Forderungen geschaffen ist. Der heutige Matrose, den enge Abhängigkeit und freiheitlicher Druck belasten, gleicht jenen ersten Vorkämpfern des Proletariats, in denen dunkle Kräfte ans Licht drängten, die das instinktive Gefühl hatten, im Recht zu sein, denen aber die Möglichkeit auf dem zweckmäßigsten Wege zu ihrem Ziel zu gelangen, durch eine brutale, übersteigte Gesetzgebung verperrt war und die deshalb in hemmem Groll und gewaltsamen Empörungen aufbegehrten. Bestanden Soldatenausschüsse, in denen ein organisierter und regelmäßiger Verkehr zwischen Vorgesetzten und Untergebenen vorhanden wäre, wäre der Matrose nicht so gänzlich nur Objekt sondern Subjekt des militärischen Dienstbetriebes, dann wären die tiefbedauerlichen Ausschreitungen meuternder Soldaten und die noch bedauerlicheren Gegenmaßnahmen der Marinebehörden nie notwendig geworden. Möge man an den entscheidenden Stellen nun endlich den Ernst der Zeit erkennen und der politischen Notwendigkeit Rechnung tragen, ehe es zu spät ist.

Wir erheben flammenden Protest dagegen, daß die einzigen Argumente gegen das Rechtlosgeborene der Soldaten die Methoden brutaler Gewalt bleiben sollen. Es genügt nicht, daß die Spitzen des Reiches demokratisiert werden, aber der gesamte Staatsapparat im alten Gleis weiter trottet. Eine durchgreifende Reform an Haupt und Gliedern allein kann uns aus dem Sumpf herausführen. Und vor allem ist es, ein Lebensinteresse geworden, die gestrigen Vorgänge in Kiel haben es auch den blindesten Augen klargemacht, das überlebte, zusammengebrochene, haltlose Militärsystem Deutschlands auf demokratischer Grundlage zu erneuern. Der gestrige Tag hat bewiesen, daß hier gehandelt werden muß, ehe es zu spät ist.

Mahnung zur Besonnenheit.

Die Sozialdemokratische Parteileitung verbreitete gestern ein Flugblatt mit einer Mahnung zur Besonnenheit: Durch unterschriftslose Flugblätter und durch Agitation von Mund zu Mund ist an Euch die Aufforderung ergangen, die Betriebe zu verlassen und auf die Straße zu gehen. Wir raten Euch dringend, dieser Aufforderung nicht zu folgen. Wie Ihr alle wißt, befindet sich die Sozialdemokratische Partei im Zuge einer sehr wichtigen Aktion. Sie hat einige Genossen in die Regierung entsandt, um schleunigen Frieden zu schließen und alle persönlichen Freiheiten sicherzustellen, deren die Arbeiterschaft zu ihrer weiteren Entwicklung bedarf. Wir fordern Euch auf, bei diesen Verhandlungen nicht durch Unbesonnenheiten dazwischenzutreten. Folgt darum keiner Aufforderung, die von einer unverantwortlichen Minderheit ausgehen wird.

*

Im „Vorwärts" wird zur Demobilisierung gesagt: Sie stellt die schwerste Prüfung für die Autorität der Regierung und die politische Disziplin der schwergeprüften Massen dar. Die politische Entwicklung muß sich so gestalten, daß schwere innere Erschütterungen vermieden werden. Die Arbeiterschaft darf und wird, so nehmen wir zuversichtlich an, nichts tun, um solche Erschütterungen frivol heraufzubeschwören. Die Politik des Rechts von jeden Platz kann nur von solchen Leuten getrieben werden, die von den wirklichen Nöten und Sorgen der Arbeiterschaft keine rechte Vorstellung haben.

Wenn diese Mahnrufe zur Besonnenheit nicht wirkungslos verhallen sollen, was wir tief bedauern müßten, ist jetzt mehr als je dringende Eile geboten in der Durchführung der notwendigen Reformen zur Demokratisierung und Sozialisierung unserer Gesellschaft.

Zur Kaiserfrage.

Die „Vossische Zeitung" berichtete gestern morgen, Genosse Scheidemann habe an den Reichskanzler eine Denkschrift gerichtet, in der die Notwendigkeit dargelegt wurde, daß der Kaiser zurücktrete. Das „Berliner Tageblatt" meint, es habe sich nicht um eine eigentliche Denkschrift, sondern um einen Brief des Genossen Scheidemann an den Reichskanzler gehandelt.

Es ist richtig, daß von Genossen Scheidemann ein derartiger Schritt unternommen wurde. Wir können hinzufügen, daß er im Einvernehmen mit den Vorständen der Partei und der Reichstagsfraktion erfolgt ist.

Ein schlechter Abgang.

Hat man keine Ahnung von der Stimmung des Volkes, hat man keine Spur geschichtlichen Sinnes mehr in der Umgebung des Kaisers? Der Kaiser könnte selbst einem Sozialdemokraten leid tun, daß er nirgends dieriichtigen Berater gehabt hat, und am allerwenigsten dann, als sie ihm am meisten not taten. Was wäre Wilhelm II. gewesen in den Augen der Geschichte und in der Stimmung des deutschen Volkes, daß ihm dankbar gesinnt gewesen wäre, wenn er ohne Aufforderung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika Amt und Würde niedergelegt hätte und stolzen Hauptes als ein Verzichter auf eigenen Vorteil und als ein Kämpfer für Deutschlands Interessen bei den Friedensverhandlungen in das Privatleben getreten wäre! Er hätte die Kaiserkrone verloren und eine Bürgerkrone wäre ihm geworden. Wer wird ihn jetzt den Vater des Vaterlandes nennen, wenn er auf nochmaliges Gebeik von Wilson, weil es nun zur nicht mehr anders geht, freiwillig zusammengebrochen das Schloß seiner Väter verläßt!

Zu sterben für das Vaterland hat man uns seit fünfzig Monaten jeden Tag als höchste Pflicht zugerufen: niemand fand mehr Worte und Gelegenheit hierzu als Wilhelm II. Es hat genug gestorben für das Vaterland: jetzt gilt es, daß die anderen für das Vaterland leben und wirken. Damit das endlich möglich werde, muß Wilhelm II. aufhören, Deutscher Kaiser und König von Preußen zu sein.

Ein Erlaß, aber noch nicht die Abdankung.

Amtlich. Berlin, 2. November. Der Kaiser hat bei dem Inkrafttreten der Verfassungsänderungen folgenden Erlaß an den Reichskanzler gerichtet:

Durch die großherzoglichen Hoheit sasse ich in der Anlage den mir zur Niederschrift vorgelegten Gesetzentwurf zur Abänderung der Reichsverfassung und der Gesetze, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers, vom 17. März 1878 zur allgemeinen Vollziehung wieder zugehen. Ich habe den Wunsch, bei diesem für die weitere Geschichte des deutschen Volkes bedeutungsvollen Schritt zum Ausdruck zu bringen, was mich bewegt. Vorbereitet durch eine Reihe von Regierungsakten, tritt jetzt eine neue Ordnung in Kraft, welche grundlegende Rechte von der Person des Kaisers auf das Volk überträgt. Damit wird eine Periode abgeschlossen, die vor den Augen künftiger Geschlechter in Ehren bestehen wird. Trotz aller Kämpfe zwischen überkommenen Gewal-

Macht in die Hände der Räteorganisationen berichteten alle drei Tageszeitungen einmütig. Von einer erzählerischen Einordnung nahmen aber beide bürgerlichen Blätter weiterhin konsequent Abstand.

So blieben die KNN über Tage hinweg bei ihrer Auffassung, die Ereignisse seien viel zu unübersichtlich, um wirklich kommentiert werden zu können. Immerhin begrüßten sie am 7.11. aber, dass man nach drei Tagen der Aufregung endlich wieder einmal habe durchschlafen können.[16] Anerkennend konstatierten sie am Folgetag, „die Bewegung unter den Matrosen und Arbeitern" sei in ruhige Bahnen zurückgekehrt. Am 10.11. sahen sie schließlich die kritische Phase der Nervenbelastung und Unklarheit überstanden und bereits wiederum zwei Tage später konnten sie, einmal mehr anerkennend, feststellen, einem Stadtfremden würde sich „die große Umwälzung wohl kaum irgendwie bemerkbar machen". Seit dem 13.11. ebbten Berichte über die Kieler Vorgänge schließlich fast vollständig ab, ohne dass in der offenkundig nervlich weniger belastenden Phase die zunächst versäumte Interpretation der Geschehnisse nachträglich erfolgt wäre. Die Kieler Geschehnisse blieben so auf dem Niveau bloßer Episode, die journalistisch schlicht ausgesessen werden konnte. – Entsprechend unklar blieb auch deren begriffliche Charakterisierung, die wahllos zwischen den Begriffen „Umwälzung", „Neuordnung", „(Freiheits-)Bewegung", „Revolution" oder einfach „Vorgänge" oder „Lage" wechselte.

Kaum anders verhielt es sich mit der Kieler Zeitung. Auch hier war zumeist von „Unruhen", von der „Lage in Kiel" und nur selten von „Umwälzung" die Rede. Daran änderte auch der Abbau der zensurbedingten Sprachbarriere nichts. Am 13.11. bemerkte auch die Kieler Zeitung anerkennend, dass wieder geordnete Verhältnisse herrschten.[17] Zuvor war schon am 5.11. erleichtert berichtet worden, die von der Kieler Zeitung vertretene städtische Bürgerschaft werde von den „Vorgängen" kaum berührt. Erst am 17.11. schien die Redaktion der Kieler Zeitung hinreichend bemüßigt, ihren Lesern von einer „neuen Zeit" zu künden, mithin von einem über die städtischen Verhältnisse Kiels hinausgehenden allgemeinen Wandel. Diese neue Zeit wiederum sei in erster Linie von Zukunftssorgen und schweren Aufgaben gekennzeichnet, die nur von einer starken Regierung zu bewältigen seien. Die nun explizit „Revolution" genannten Vorgänge hätten hergebrachte Parteiprogramme gesprengt, sodass jenseits tradierter politischer und Auffassungsdifferenzen nun auch die bürgerlichen Leser der Kieler Zeitung zu einer – nicht zuletzt begrifflichen – Unterstützung der nunmehr sozialistischen Regierung aufgerufen wurden. Verschiedene in der Zeitung wiedergegebene Kundgebungen der Fortschrittlichen Volkspartei veranschaulichten diesen Kurs der Redaktion. Die Kieler Geschehnisse selbst gerieten in diesen politischen Reflexionen jedoch zur Marginalie. Dass sie historische Bedeutung haben würden, oder dass aus ihnen eine besondere Geltung für die Stadt und ihre Bewohner abzuleiten sei, wenigstens als symbolischer Fixpunkt der „neuen Zeit", wurde in der Kieler Zeitung nicht erörtert.

Linke Seite:
Titelseite der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" vom 4. November 1918 mit den ersten Meldungen über den „Aufstand" der Kieler Matrosen. Quelle: Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek.

16 KNN Nr. 262, 07.11., „Die gegenwärtige Lage in Kiel"; im Folgenden Nr. 263, 08.11., „Weitere Beruhigung der Lage"; Nr. 265, 10.11., „Weitere Festigung der Lage".

17 Kieler Zeitung Nr. 534, 13.11., „Aus Kiel und Umgegend"; im Folgenden Nr. 520, 05.11., „Zur Lage in Kiel"; Nr. 541, 17.11., „An unsere Leser!".

Nr. 530
1. Blatt.

Abendblatt

Kieler Zeitung.

Gegründet 1864 von Dr. Wilh. Ahlmann.

Montag, 11. November 1918

Monatspreis.
Ausgabe A ohne „Illust. Beiblatt" 1.50
Ausgabe B mit „Illust. Beiblatt" 1.70 ℳ
Einzelnummern je 10 ₰.
Zeilen-Preis für Anzeigen aus der Provinz 45 ₰, von auswärts 50 ₰. Reklamen 1,75 ℳ. Teuerungszuschlag eingeschlossen.
Rabatt nach Tarif.
Erscheint zwei mal täglich.
Postscheckkonto: Hamburg Nr. 14705.

An die Bevölkerung von Kiel und Umgegend.

In Berlin ist eine arbeitsfähige neue Reichsregierung gebildet worden. Eine sozialistische Mehrheit wird mit einigen Fachministern bestreten sein, mit allem Nachdruck auf das Reichsziel wieder Ordnung und geregelten Verkehr in Gang zu bringen, wie mir heute morgen der Reichskanzler versichern ließ. Eine baldige ungestörte Wirtschaft auf allen Gebieten tritt wieder ein. Der Sieg der sozialistischen Arbeiter und Soldaten ist im ganzen Reiche ein vollständiger. Jede Auflehnung gegen das neue Regiment ist völlig aussichtslos. Die Vertreter bürgerlicher Weltanschauung mögen sich mit Würde und ohne Widerstreben in das Unabänderliche fügen und im Interesse des Reiches und des ganzen Volkes daran arbeiten helfen, alles das wieder aufzubauen, was in mehr als vierjähriger Kriegsdauer zerstört wurde.

Arbeiter und Soldaten! Euer Sieg ist auf der ganzen Linie ein rascher und vollständiger. Erfreulicherweise ist es gelungen, eine neue Ordnung fast unblutig durchzuführen. Eure Regierung ist es, die jetzt das Reich leitet. Daher ist es Eure Pflicht, nicht nur jede Störung ihrer Tätigkeit zu unterlassen, sondern Eure eigenen Interessen werdet Ihr fördern, wenn Ihr die Männer Eures Vertrauens, die jetzt Eure Geschäfte führen, auf das Eifrigste durch hingebungsvolle Arbeit unterstützt. Jeder Streik in der Arbeiterschaft hat aufzuhören. Neben dem Reichskanzler Ebert und dem Staatssekretär Scheidemann sitzen die bisher unabhängigen Sozialdemokraten Haase und Dittmann in der Regierung. Der unselige Streit in der Sozialdemokratie hat sein Ende erreicht. Nur eine geschlossene Arbeiterbewegung und eine einzige fest gefügte Sozialdemokratie darf es von jetzt ab geben.

Bürger aller Kreise von Kiel! Harte, sorgenvolle Tage stehen uns noch bevor. Die Waffenstillstandsbedingungen müssen vielleicht das Eintreffen englischer Streitkräfte in unserer Stadt und unserem Hafen nicht aus. Wie so vieles andere Fruchtbare und Schwere, müßte auch diese neue Prüfung zum Abschluß des Krieges gefaßt und würdig ertragen werden. Eine Bedrohung der Stadt ist nicht zu befürchten. Weiteres Blutvergießen ist ausgeschlossen, wenn allseitige Unbesonnenheiten, die wehrt unserem Lande, noch unserer Stadt dienen können, unterbleiben. Ich wähne auf das Dringendste, daß von nun an jeder im Gefühl erster Pflichterfüllung seinen Geschützen nachgeht, absolute Ruhe und Ordnung in der Stadt bewahrt. Wenn das geschieht, wird es möglich sein, Stadt und Wirtschaft ungefährdet in den Frieden hineinzubringen, der uns die Möglichkeit verschließen soll, unser Land und unser Volk einer schönen Zukunft entgegenzuführen.

Kiel, 11. 11. 1918.

Der Gouverneur.
Roske.

Beginn des Waffenstillstands.

* Amsterdam, 11. November. (Eigener Drahtbericht.) Das Niederländische Pressebureau Radio hat einen drahtlosen Bericht aus Paris aufgefangen, daß der Waffenstillstand um 5 Uhr morgens französischer Zeit unterzeichnet wurde und um 11 Uhr französischer Zeit in Kraft tritt. Foch schickte folgendes Radio-Telegramm an die Oberkommandierenden: Die Feindseligkeiten werden an der ganzen Front vom 11. November 11 Uhr vormittags französischer Zeit abgestellt werden. Die alliierten Truppen dürfen, bis ein neuer Befehl eintritt, die an diesem Tage und zu dieser Stunde erreichte Linie nicht überschreiten.

Annahme der Waffenstillstandsbedingungen.

Bitte an Wilson um Milderung.

W.T.B. Berlin, 11. November. (Eigener Drahtbericht.) Amtlich. Heute morgen fand eine Besprechung der Staatssekretäre statt. Nach Bekanntgabe der Bedingungen der Waffenstillstandes wurden die Bedingungen angenommen.

Heute nacht ist folgende Note an den Staatssekretär Lansing nach Washington gesandt worden:

Ueberzeugt von der Gemeinheit der demokratischen Ziele und Ideale hat sich die deutsche Regierung an den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten mit der Bitte gewandt, den Frieden wieder herzustellen. Dieser Frieden sollte den Grundsätzen entsprechen, zu denen Präsident Wilson sich bekannt hat. Er sollte eine gerechte Lösung der strittigen Fragen und eine bewertende Versöhnung der Völker zum Ziele haben. Der Präsident hat ferner erklärt, daß er nicht mit dem deutschen Volke Krieg führe und es in seiner friedlichen Entwicklung nicht behindern wolle. Die deutsche Regierung hat die Bedingungen für den Waffenstillstand erhalten. Nach einer Blockade von 50 Monaten würden die Bedingungen, insbesondere die Abgabe der Verkehrsmittel und die Unterhaltung der Besatzungstruppen bei gleichzeitiger Fortdauer der Blockade die Ernährungslage Deutschlands zu einer verzweifelten gestalten und den Hungertod von Millionen Männern, Frauen und Kindern bedeuten. Wir wissen die Bedingungen zu würdigen. Wir merken aber den Waffenstillstand ernst und feierlich darauf aufmerksam, daß die Durchführung der Bedingungen im deutschen Volke das Gegenteil der Gesinnung erzeugen muß, die eine Voraussetzung für den neuen Aufbau der Völkergemeinschaft bildet und einen dauerhaften Rechtsfrieden verbürgt. Das deutsche Volk wendet sich daher in letzter Stunde nochmals an den Präsidenten mit der Bitte, auf eine Milderung der vernichtenden Bedingungen bei den alliierten Mächten hinzuwirken.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes
Golf.

Aufrufe der neuen Regierung.

Die Aufgaben.

* Berlin, 9. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung veröffentlicht folgende Aufrufe: Volksgenossen! Der heutige Tag hat die Befreiung des Volkes vollendet. Der Kaiser hat abgedankt, sein ältester Sohn hat auf den Thron verzichtet. Die sozialdemokratische Partei hat die Regierung übernommen und der unabhängigen sozialistischen Partei den Eintritt in die Regierung auf dem Boden voller Gleichberechtigung angeboten. Die neue Regierung wird sich für die Wahl zu einer konstituierenden Nationalversammlung ergeni-

An Alle!

* Kiel, 11. November.

Kaiser und Reich liegen hinter uns. Was wir lieben und was uns teuer war, liegt in Scherben zerschlagen neben dem Haufen zertrümmerter Hoffnungen und unerfüllter Versprechungen. Die Waffenstillstandsbedingungen sind von der neuen Regierung unterschrieben worden. Ihre Härte übertrifft alle Befürchtungen. In dieser äußeren und inneren Not bleibt nichts übrig, als eine Bitte an den Präsidenten Wilson um Milderung jener Bedingungen, die uns der nichtigsten Verkehrsmittel berauben und dadurch Millionen von Männern, Frauen und Kindern dem Hunger preisgeben.

Mit erschreckender Deutlichkeit sehen wir die furchtbarste Gefahr vor unseren Augen. Sie ruft uns auf, nicht müßig die Hände in den Schoß zu legen, nicht trauernd unser Schicksal zu bedauern, nicht grollend abseits zu treten, sondern mit starkem Herzen und festem Willen Hand anzulegen. Deutschland ist eine Republik geworden. An ihrer Spitze steht ein rein sozialistisches Ministerium. Gegensätze der Weltanschauung trennen uns von den beute im Reiche führenden Männern. Aber, wie während der vierjährigen Militärherrschaft, die hinter uns liegt, jeder einzelne Volksgenosse ohne Rücksicht auf seine persönliche Ueberzeugung die Pflichten zu erfüllen hatte, die ihm zugewiesen wurden, ebenso unbedingt müssen in der Zeit der gegenwärtigen sozialistischen Zwangswirtschaft alle Kräfte den Anordnungen und Befehlen der gegenwärtigen Machthaber folgen. Diese Unterstützung ist notwendig, weil die Sozialdemokratie nicht soviel geistige Kräfte zur Verfügung hat, um alle Aemter mit fähigen Männern besetzen zu können. Das Vertrauen wird bestehen müssen und darf sich nicht abseits stellen, sondern muß jeder Aufforderung nachkommen. Nicht aus Liebedienerei gegen die sozialistische Regierung, nicht in der Furcht vor der Gewalt und dem Herrentum der heutigen Machthaber, sondern aus reiner Liebe zum Vaterlande und zum deutschen Volke, aus der Erkenntnis, daß Ordnung und Sicherheit die unbedingten Voraussetzungen unseres Lebens und Daseins sind.

Eine gesetzgebende Versammlung soll einberufen werden auf Grund eines Wahlrechts für alle mündigen und weiblichen Einwohner über 20 Jahren. Deutschland soll eine neue Verfassung erhalten. Es wird künftig regiert werden von Männern, die durch das Vertrauen des Volkes zur Führung der Geschäfte berufen werden, in Gemeinde und Staat. Der Wille des Volkes wird in Zukunft eine ausschlaggebende Bedeutung bei allen Fragen der inneren und äußeren Politik, für die wirtschaftliche Arbeit und die kulturelle Entwicklung haben. Die bürgerliche Bevölkerung kann und darf nicht abseits stehen. Die Arbeit seines einzigen kann entbehrt werden, wenn es sich darum handelt, das neue Reich wieder aufzubauen auf den Grundlagen der Freiheit, Wohlfahrt und Gesittung. Wir dürfen nicht an uns denken, sondern müssen für unsere Kinder leben und schaffen. Die Treuer des Augenblicks darf uns nicht abhalten, Grundsteine für eine bessere und glücklichere Zukunft zu legen.

Die Pflicht des Augenblicks entbindet uns nicht von der Aufgabe, aufzuräumen, wenn auch ohne Leidenschaft, den Ursachen der gegenwärtigen Lage nachzugehen. Können wir unseren Feldgrauen, nach ihrer Rückkehr in die Heimat, die Antwort auf die Frage verweigern, warum sie Jahr um Jahre all die Not und Plage haben ertragen müssen? Wird irgend jemand die Millionen Männer, die Arbeit und Habe verloren haben und jetzt wissen wollen, weshalb das alles so gekommen ist, wird irgend jemand die Millionen Mütter und Frauen, die ihre Söhne und Männer opferten und verbittert fragen, warum sie sterben mußten, mit leeren Worten abspeisen wollen? Es ist unmöglich, alles in [illegible] zu lassen, was hinter uns liegt. Mit

Auszug aus der „Kieler Zeitung" vom 11. November 1918 (Nr. 534). Quelle: Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek.

Kongruente Begriffsmaßstäbe setzte auch die SHVZ in ihren Ausgaben nicht. Immerhin zeigte sie aber sehr viel mehr Bereitschaft, die Kieler Geschehnisse in einen größeren Zusammenhang zu stellen. Schon am 5.11. sprach sie nach offenbar gefallenen Zensurgrenzen erstmals explizit von „Revolution".[18] Sie postulierte einen „denkwürdigen Tag in der Menschheitsgeschichte", prophezeite das Glück einer besseren Zukunft und prognostizierte, dass die „Bewegung" von Kiel aus weite Kreise ziehen werde. Grundlage dafür bildete die in der SHVZ-Redaktion weiterhin herrschende Überzeugung, dass die Kieler Geschehnisse keinen regionalen Einzelfall darstellten, sondern dass hier der grundsätzliche Antagonismus zwischen Soldat und General beziehungsweise zwischen Matrose und Admiral nur erstmals augenscheinlich geworden war. Kiel galt demnach zwar stellvertretend für einen überregionalen Problemkreis,

18 SHVZ Nr. 260, 5.11., „Die Flotte unter der roten Fahne"; im Folgenden Nr. 261, 06.11., „Neuordnung"; Nr. 262, 7.11., „Die Lage in Kiel"; Nr. 264, 9.11., „Sturmlauf der Revolution"; Nr. 265, 11.11., „Der Sieg in Berlin".

wurde aber doch weiterhin nicht als symbolisch, das heißt beispielgebend und vorbildhaft vorgeführt.

Von einer „großen weltgeschichtlichen Bewegung“ war auch am 6.11. die Rede, ebenso von einem „ewig denkwürdigen Augenblick“. Revolution nannte die SHVZ die Vorgänge an diesem Tag gleichwohl nicht mehr, operierte stattdessen mit den Begriffen „Bewegung“, „Neuordnung“ und „Umwälzung“.

Am 7.11. und 8.11. stimmte sie schließlich in den bürgerlichen Tenor ein und konstatierte eine erfreuliche Beruhigung und Befestigung der „Bewegung“. Erst mit dem Verweis auf die Vorgänge in Berlin kam zwischen 9.11. und 11.11. wieder größerer Zug in die Artikel. Die „Bewegung“, gleichzeitig auch „Sturmlauf der Revolution“ genannt, sei nicht aufzuhalten, und habe nun auch einen „Sieg in Berlin“ zu verzeichnen. Spätestens zum 14.11. fror die Berichterstattung jedoch auch in der SHVZ eigentümlich ein. In Kiel schien sich nichts Berichtenswertes mehr zu ereignen.

Was sich Anfang November in Kiel zugetragen hatte, blieb mit Blick auf die hiesige Tagespresse über die reine Beschreibungsebene hinaus semantisch uneindeutig. Spätestens seit dem 9.11. lag das jedoch nicht an geltenden Zensurbeschränkungen, sondern an der erzählerischen Zaghaftigkeit der Kieler Presseorgane selbst. „Bewegung“, „Umwälzung“, „Revolution“, „Neuordnung“ und „Unruhen“ blieben als begriffliche Zuschreibungen beliebig und austauschbar. Weder innerhalb einer Zeitung findet sich eine kongruente Erzählung der Geschehnisse unter einem zuordenbaren Schlüsselbegriff, noch in der Zusammenschau der drei untersuchten Zeitungen. Die Rückkehr in narrativ geordnete Verhältnisse, in denen nahezu kommentarlos über örtliche Versammlungen, Verordnungen und Gewöhnlichkeiten sowie über Nicht-Kieler Angelegenheiten berichtet werden konnte, scheint von allen drei Zeitungen begrüßt worden zu sein. Eine mögliche weltgeschichtliche Rolle, mit der die Kieler Geschehnisse mit Blick auf heutige Darstellungen und zumal nach der Abdankung des Kaisers hätten verbunden werden können, reklamierten die Kieler Berichterstatter nicht. Der kurzzeitige journalistische Ausnahmezustand wich schon nach Tagen einer auffallenden Selbstbeschränkung. Bemühungen, den aufopferungsvollen Einsatz der Kieler Matrosen und ArbeiterInnen für Revolution und Demokratie herauszustellen und zumindest regional im (demokratischen) Bewusstsein zu verankern, sind mit einzelnen Ausnahmen nicht festzustellen.

„Sturmvogel“ und „Windsbraut“ – von Kiel aus ins Reich. Trotz der nur beschränkten Inszenierung im lokalen Erzählrahmen entfalteten die Kieler Tageszeitungen manche Anstrengung, den Effekt der erlebten Geschehnisse auf die Entwicklung andernorts nachzuzeichnen.

In prophetischen Worten versicherte die SHVZ ihre Leser beispielsweise schon am 5.11.: „Was gestern sich in Kiel ereignet hat, wird in den nächsten Tagen weitere Kreise ziehen und den Anstoß zu einer Bewegung geben, die durch ganz Deutschland gehen wird.“[19]

19 SHVZ Nr.260, 05.11., „Die Flotte unter der roten Fahne“; im Folgenden Nr. 262, 07.11., „Weitere Erfolge der Revolution“; Nr. 264, 09.11., „Sturmlauf der Revolution“; Nr. 265, 11.11., „Der Sieg in Berlin“.

Am 7.11. berichtete sie vom „Sieg der Bewegung“ in Wilhelmshaven. „Dem Beispiel der Kieler Kameraden folgend“, hatten sich, schrieb sie einen Tag später, hernach auch Frankfurt/M., Hannover und München der „revolutionären Bewegung“ angeschlossen. Der „Sturmlauf der Revolution“, setzte die SHVZ ihre Reihung am 9.11. fort, werde schließlich auch bald in Berlin ankommen. Nach dem berichtsfreien Sonntag wussten die Redakteure der SHVZ am 11.11. endlich auch vom „Sieg in Berlin“ zu künden. Flankiert wurde der Bericht über Berlin von Schilderungen, wie sich die nun „Revolution“ genannte „Bewegung“ von Kiel aus wie eine „Windsbraut“ in der schleswig-holsteinischen Umgebung ausgebreitet habe. In den Folgetagen erübrigten sich, nachdem mit Berlin auch die letzte markante Stadt des Reiches von der Revolution erfasst worden war, allerdings anscheinend weitere Berichte über den Stellenwert Kiels für die reichsweit Schlagzeilen machende „Bewegung“.

Auffällig ist, dass in den Schilderungen der SHVZ Kiel zumeist allenfalls als pars pro toto vorgeführt wird: Antrieb der Geschehnisse bleibt immer die eigentümlich substantiale „Bewegung“ oder „Revolution“, eine seltsam ungreifbare, gleichsam überirdischen Bedingungen folgende Erzählfigur, die sich zwar in den Kieler Geschehnissen äußert, aber in keiner Abhängigkeit zu diesen steht. Kiel ist lediglich lokaler Ursprungsort oder erste Sichtbarwerdung der Revolution, ohne dass die Stadt oder die an den Geschehnissen Beteiligten eine praktische oder symbolische Urheberschaft der Revolution für sich reklamieren (können). In dem Moment, wo die „Bewegung“ allgemein geworden ist, wird der bloß örtliche Verweis auf ihren Ursprung hinfällig – Kiel spielt dann keine Rolle mehr. Dass die deutsche Revolution von den Kieler Matrosen, also physisch beschreibbaren Subjekten, in Zügen über die lokalen Grenzen Kiels hinaus verbreitet worden ist, wird in der Berichterstattung der SHVZ nicht erwähnt. Sie beschränkt sich auf die Aussage, die Revolution habe sich von Kiel aus ausgebreitet, ohne tatsächlich darzulegen, wie das erfolgt ist. Im Fokus ihrer Artikel bleibt die metaphorische Rolle der Revolution, von der Kiel selbst wiederum nur Ableitung, aber nicht Ursache ist.

In ähnlicher Weise ist auch die Berichterstattung in der Kieler Zeitung zu charakterisieren. Von Exportwirkungen des „Kieler Matrosenaufstandes“ berichtet sie allenfalls passiv. So wird beispielsweise ausführlich über den Vortrag eines Politikers der Fortschritts-Partei berichtet, nach dessen Überzeugung die „Umwälzung“ von Kiel ausgegangen sei, weil – unerklärterweise – gerade hier der Funke im Pulverfass der wilhelminischen Gesellschaft erstmals übergesprungen sei.[20] Wiedergegeben wird auch ein Artikel des sozialdemokratischen Berliner „Vorwärts“, in dem sich der dortige Autor gegen die Auffassung wendet, Kiel sei gleichsam Signal der Revolution gewesen. Viel mehr stelle Kiel nur einen Teil einer Kette von Ereignissen dar, die im unrechtmäßigen Flottenbefehl der Admiralität Ende Oktober ihren Ausgang genommen hätten.

20 Kieler Zeitung Nr. 534, 13.11., „Das neue Deutschland“; im Folgenden Nr. 539, 16.11., „Wie es kam“.

Die unmittelbare Rolle Kiels für die Geschehnisse im Reich wird in beiden Publikationsorganen implizit als gering beschrieben. Möglicherweise hatten die Autoren damit auch – bewusst oder unbewusst – normative Zuschreibungen im Blick und verzichteten auf eine prominente Herausstellung der Kieler Ereignisse auch aus dem Grund, nicht umgekehrt in eine Schuldzuweisungsdebatte zu geraten. Die in der heutigen Auseinandersetzung mit den Ereignissen häufigen Verweise auf das mutige und vorbildliche Zivilengagement der Kieler Matrosen und Arbeiter, also auf personeller menschlicher Ebene, findet sich in beiden Zeitungen nicht.

Deutlich expliziter auf den Beispielcharakter Kiels verwiesen hingegen die KNN. Bereits am 7.11. gaben sie eine Rede Gustav Noskes wieder, in der dieser behauptete, „Kiel habe den übrigen Städten des Reiches ein Beispiel gegeben, das seine Wirkung nicht verfehlen werde.“[21] Ebenso explizit wurde in derselben Ausgabe darauf verwiesen, dass der Aufruf des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates denselben Wortlaut habe wie der in Kiel. Hier wird also eine eindeutige Symbolwirkung Kiels postuliert. Das „Kieler Muster“ vermochten die KNN ferner auch in Lokalberichten über die Geschehnisse in Flensburg und Rendsburg zu erkennen. Ebenso seien, laut Berichten vom Folgetag, auch die Arbeiter- und Soldatenräte in Bremen, Hannover und München „nach dem Muster in Kiel“ gebildet worden. Kiel ist nach Maßgabe der KNN allen diesen Städten also ausdrücklicher Inspirationsquell gewesen.

Auch in den KNN fehlen jedoch vollständig Verweise, dass diese Inspiration nicht nur symbolische Geltung habe, sondern durch aus Kiel abfahrende Matrosen auch unmittelbar physisch verbreitet worden ist. Auch der eigentliche Anlass dafür, dass in anderen Städten die vermeintlich selben Rätekörperschaften gebildet und dieselben Aufrufe erlassen wurden wie in Kiel, bleibt im Dunkeln. Die Revolution kam, urteilte die SHVZ am 10.12. bemerkenswert lapidar, weil sie eben kommen musste.[22]

„Revolution“ und „Bewegung“ erscheinen in der Kieler Tagespresse insgesamt betrachtet als eine Art weltgeistliche Fügung, die zwar in den Handlungszeugnissen der Menschen Ausdruck findet, aber letztlich ohne deren explizites Zutun erfolgt. Die handelnden Personen erscheinen selbst nur als Werkzeug höherer Fügung und werden folglich weder individuell oder als Gruppe porträtiert noch als nachahmungsfähig charakterisiert. Die historischen Akteure bleiben amorph und jenseits der groben Zuschreibung als Matrosen oder ArbeiterInnen gestaltlos. Die Namen einzelner Matrosen oder ArbeiterInnen bleiben unerwähnt, lediglich Lothar Popp und Gustav Noske als Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates finden konkrete Erwähnung.

Wie die Berichterstattung über den Kieler Matrosenaufstand mit dem 13.11. abebbte, waren auch Berichte über dessen Wirkung im Reich seit diesem Zeitpunkt Fehlanzeige. Eine Ausnahme bildet lediglich der 15./16.11. In den Kieler Zeitungen wurde an diesen Tagen ein an den Berliner Rat der Volksbeauftragten adressierter Pro-

21 KNN Nr. 262, 07.11., „Die gegenwärtige Lage in Kiel“; im Folgenden Nr. 263, 08.11. „Weitere Beruhigung der Lage“; Nr. 264, 09.11., „Die Soldaten- und Arbeiterbewegung im Reiche“.

22 SHVZ Nr. 289, 10.12., „Arbeiterratswahl in Kiel“.

test des Obersten Soldatenrates der Ostseestation in Kiel vollständig abgedruckt, in dem dieser seine übergeordnete Geltung reklamiert. Unter der Berücksichtigung, führte der Soldatenrat aus, „dass gerade Kiel als Grundstein der Umwälzung mit gutem Beispiel in Einigkeit voranging", forderte er von der Berliner Zivilregierung Eingriffe in den Berliner Soldatenrat der Marine, den die Kieler Kollegen für reaktionär hielten.[23] Der Kieler Soldatenrat reklamierte hier nicht nur eine symbolische Vorbildwirkung auch für die Berliner Geschehnisse, sondern betonte auch seine praktische Bedeutung für die von der Berliner „Regierung" proklamierte Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Würden nämlich die erbetenen Maßnahmen nicht erfolgen, unterstelle sich der Kieler Soldatenrat den Weisungen der Marineführung – und indirekt der Berliner „Reichsleitung" – nicht mehr länger. Dabei ging er offenbar davon aus, dass er trotz seiner lediglich regionalen Beschaffenheit für große Teile der Marineangehörigen auch andernorts repräsentativ sei beziehungsweise Vorbildwirkung entfalten könne.

Am 18.11. erfolgte schließlich der Abdruck der Entgegnung aus Berlin.[24] Der dortige Rat der Volksbeauftragten vergesse zwar nicht, dass gerade Kiel an der Spitze der großen Umwälzung marschiere. Eine besondere Bedeutung oder Geltung des dortigen Protestes leiteten die Berliner Regierungsverantwortlichen daraus jedoch nicht ab. Die Antwort ist stattdessen beschwichtigend gehalten und hat in der Folgezeit auch keine weiteren erzählerischen Nachwirkungen gehabt.

Auf den Vorstoß der Kieler Rätekörperschaft, aus dem Verweis auf die hiesigen Geschehnisse als Ausgangsort der Revolution argumentatives Kapital zu schlagen, reagierten die hiesigen Presseorgane nicht. Protest und Antwortschreiben blieben unkommentiert. Die drei Tageszeitungen richteten sich vielmehr auch in dieser Angelegenheit bereitwillig in der Tatsache ein, dass Kiel wieder journalistische Peripherie geworden war.

Die Kieler Redakteure verzichteten aber nicht vollständig auf das Bewusstsein einer symbolischen Beispielkraft ihrer Stadt. Ab Ende November und zunehmend während der bürgerkriegsähnlichen Unruhen in Berlin und an anderen Orten des Reiches hob insbesondere die SHVZ immer wieder hervor, dass Kiel ein Vorbildstandort sei. Wo in Berlin mehrere Regierungsorgane miteinander stritten, Chaos, Unruhe und Gefahr vorherrschten, sei Kiel, war schon am 25.11. in der SHVZ zu lesen, ein Vorbild an Einheitlichkeit.[25] Es sei keine Nebenregierung gegründet worden, die Beamten arbeiteten auch unter den neuen Machthabern weiter, Kiel sei allgemein ein Hort von Ruhe und Ordnung. Im Empfehlungsschreiben an den scheidenden, in Berlin zum Volksbeauftragten ernannten, Gouverneur Noske vom 30.12. legte die SHVZ nach: Noske habe sich in seiner Art der Bewältigung der Revolution großes Lob verdient, auch unter Nicht-Sozialdemokraten. Er habe es mit Prinzipientreue und Sinn für Tatsachen verstanden, den Gang der Revolution zu meistern und rasch wieder Ruhe und Ordnung einkehren lassen.

23 SHVZ Nr. 269, 15.11., „Protest des Obersten Soldatenrates der Ostseestation", unter derselben Überschrift in KNN Nr. 270, 16.11.

24 SHVZ Nr. 271, 18.11., „Die Antwort der Regierung".

25 SHVZ Nr. 276, 25.11., „Eine Kundgebung der Kieler Matrosen. Gegen die Spartakusleute"; im Folgenden Nr. 304, 30.12., „Noske und Wissell Volksbeauftragte"; Nr. 10, 13.01., „An die Bevölkerung Kiels"; Nr. 31, 06.02., „Spartakusputsch in Kiel".

Nicht der Mut der Matrosen, sich gegen ihre desavouierten Machthaber aufzulehnen, nicht das Engagement der Gesellschaft, sich demokratische Freiheit selbst zu erkämpfen, galten als vorbildlich, sondern das Wirken des neuen Gouverneurs, diese Formen gesellschaftlicher Selbstbestimmung möglichst rasch wieder zu befrieden und zur gewohnten Ruhe und Ordnung zurückzukehren. Revolution erscheint auch hier als überpersönliche weltgeschichtliche Herausforderung, die man, am Beispiel Noskes, mehr oder weniger gut meistern kann, an der die Menschen selbst aber nicht direkt beteiligt zu sein scheinen.

Auch am 13.1. hob die SHVZ hervor, Kiel müsse in puncto Ruhe und Ordnung vorbildlich bleiben, während das Reich zur selben Zeit im Bürgerkrieg zu versinken drohte. Völlig unerwartet registrierte die SHVZ schließlich am 6.2., dass der Bürgerkrieg auch in Kiel angelangt sei, dass auch hier ein „Spartakus-Putsch" stattgefunden habe, obwohl gerade hier der Boden dafür – im impliziten Gegensatz zum „Hexenkessel Berlin" – gar nicht bereitet sei. In der Folge billigte, offenbar auf der Grundlage eigener Erfahrungen in Kiel, die Zeitung das massive gewaltsame Vorgehen der Reichsregierung gegen vermeintliche spartakistische Aufrührer, etwa in Bremen.

Ein besonderes Sendungsbewusstsein, Lokalstolz oder Euphorie angesichts der vermeintlichen historischen Bedeutung Kiels tritt in der lokalen Presse nicht auf. Sie zeigte stattdessen eine Politik der Selbstbegnügung, das heißt sie stellte Kiel als unauffälligen Teil der weit größeren Geschehnisse dar. Mag diese Selbstbeschränkung in den Tagen von Zensur und unsicherem Ereignisfortgang begreiflich erscheinen, verwundert es doch, dass auch nachträglich keine Versuche unternommen wurden, die Kieler Geschehnisse beziehungsweise das Wirken der ArbeiterInnen und Matrosen im Rahmen der reichsweit erfolgreichen „Bewegung" erzählerisch zur Geltung zu bringen. Die Kieler Zeitungen verzichteten stattdessen auf eine entsprechende Imagekampagne, wohl auch um die metaphorische Bedeutung von „Revolution" und „Bewegung" nicht zu sehr am Kieler Beispiel zu singularisieren. Wenn sie den Vorbildcharakter Kiels und seiner Bewohner überhaupt betonten, dann eher im Sinne einer erfolgreichen Überwindung der Revolution zurück zu Ruhe und Ordnung. Diese erzählerische Eindämmungsstrategie ist nun aber in der Regel nicht das, was heutige Kommentare an der deutschen Revolution und der Rolle Kiels hervorheben.

„Kiel in Deutschland voran"? – Der Blick aus Berlin. Während sich quer durch das Reich Meldungen über „Revolutionen", die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten und die Abdankung lokaler Fürsten überschlugen, befand sich Berlin bis zum 10.11. unter dem Druck der Zensur. Zwar wurden die Leser des sozialdemokratischen Vorwärts und des liberalen Berliner Tageblatts über die „Meldungen aus dem Reich" grob orientiert. Über die begriffliche Zuspitzung als „ernste Bewegung" kamen die Berliner Schilderungen jedoch zunächst erzwungenermaßen nicht hinaus.

Folgende Seite:
Titelblatt des „Berliner Tageblattes" vom 10. November 1918 (Nr. 576) mit dem vielzitierten Leitartikel zur „größten aller Revolutionen". Quelle: Staatsbibliothek Berlin.

Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal. Sonntags einmal. Preis: Vorausbezahlter Monats-Bezugspreis: „Berliner Tageblatt" mit der Beilage „Der Weltspiegel", Montag „Illustrierte Unterhaltungsblätter", Freitag „Technische Rundschau", Donnerstag und Sonntag „Der Weltspiegel", Freitag (Kostenfreiten Beilagen) „F.L.A.", Mittwoch „Heute Mit Kinder". Man abonniert bei sämtlichen Postanstalten des Deutschen Reiches und der Besetzt. Gebiete, Oesterr.-Ungarn, der Schweiz, Dänemark, der Niederlande, Rumänien, Schweden, Norwegen und Bulgarien; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 8,25 Mark exkl. Bestellungsgebühr. Ausland exkl. Postbestellung; für Groß-Berlin monatlich 2,75 Mark, vierteljährlich 8,25 Mark. Unter Kreuzband monatlich: für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 4 Mark, für Ausland 10 Mark, bei täglich einmaliger Zustellung 4 Mark. Postbezugs-Abonnements 3,25 Mark monatlich. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Beuthstraße 4—5 (Fernsprecher Amt Zentrum Nr. 10121—10144, für 8. Bezirksteile Nr. 14207—14209), u. 5. nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseratenpreis: Zeile 1 M. u. 20 % Teuerungszuschlag. Familien-Anzeigen u. Stellen-Gesuche mit 10 % Nachlaß. Inseraten- u. Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexp. SW. 19, Jerusalemer Str. 46—47; Filialen: Leipziger Str. 110; Potsdamer Str. 33; Zimmerstr. 50; Königstr. 56—57; Nollendorfplatz Str. 43; Schöneberg Str. 144; Moabit: Kaiserstraße Str. 41; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Gr. Frankf. Str. 109; Frankf. Allee 246; Prenzl. Allee 246; Pankstraße 68; Kleiner Str. 1—6; Greifswald. Str. 197; Prenzl. L.: Pankstr. 135; Gesundbr. 61; Charlottenbg.: Tauentzienstr. 7; Kantstr. 154; Schlüterstr. 29; Kurfürst. Str. 126; Friedenau: Rheinstr. 132; Wilmersdorf: Kaiserallee 241; Lichterfelde-West: Karlstr. 12; Steglitz: Hauptstr. 203; Wilhelm-Luther-Str. 9; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 53. In der Provinz: Brandenburg a. H.: Hauptstr. 4; Frankfurt a. Oder: Regierungsstr. 4a. Preise für ct. 40; Stettin: Paradeplatz 4.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 576
47. Jahrgang

Sonntag
10. November 1918

Der Erfolg der Revolution.

T.W. Die größte aller Revolutionen hat wie ein plötzlich losbrechender Sturmwind das kaiserliche Regime mit allem, was oben und unten daran gehörte, gestürzt. Man kann sie die größte aller Revolutionen nennen, weil niemals eine so fest gebaute, mit so soliden Mauern umgebene Bastille so in einem Anlauf genommen worden ist. Es gab noch vor einer Woche einen militärischen und zivilen Verwaltungsapparat, so fest verzweigt, so in einander verfädelt, so tief eingewurzelt war, daß er über den Wechsel der Zeiten hinaus seine Herrschaft gesichert zu haben schien. Durch die Straßen von Berlin jagten die grauen Autos der Offiziere, auf den Plätzen standen wie Säulen der Macht die Schutzleute, eine riesige Militärorganisation schien alles zu umfassen, in den Kanzlern und Ministerien thronte eine scheinbar unbeteiligbare Bureaukratie. Gestern früh war, in Berlin wenigstens, das alles noch da. Gestern nachmittag existierte nichts mehr davon.

Das Ministerium des Prinzen Max von Baden wurde gebildet, um den Waffenstillstand zu schließen, und es hat diese Aufgabe bis nahe zur Verwirklichung geführt. Wei einer höhern Entwickelung hätte es wohl gedauert, für Sturmwinden war es durch seine ganze Zusammensetzung, zu schwach. Es ist nicht rechtzeitig den Retter zur Abdankung zu nötigen vermocht. Es hat die Vertreter der alten Traditionen in ihren Ämtern gelassen und hat kein Programm, das den Massen Interesse und Vertrauen abgewinnen konnte, gehabt. Aber scharfsichtiger hätte es selbst mit größerer Tatkraft in diesem Augenblick die Bewegung nicht aufhalten können, die Teile des Landes eing. Die besten Programme helfen gegen Naturgewalten nichts.

Ebert ist — wenn nicht Unehrlichkeit ihn zum Vorsicht zwingt — nun Reichskanzler, und er will eine Regierung bilden, die einen Halt in das durcheinanderwogende Chaos bringen soll. Jeder, der die Gefahren der Stunde erkennt — und wer könnte sie verkennen? — würde dieser Regierung seine tätige Unterstützung leihen. Alles, was Ebert in seinen Aufrufen an die Bevölkerung sagt, ist wahr und klug. Er warnt vor, die Produktion und die Einfuhr von Nahrungsmitteln zu hindern, er fordert zum Verlassen der Straße, zu Ruhe und Ordnung auf. Er wendet sich in warmen Worten an die bisherige Beamtenschaft in Stadt und Land. Er sagt verständnisvoll, daß es diesen dieser Männer schwer werden müsse, mit den neuen Männern zu arbeiten, und bittet sie, aus Liebe zum Volke auf ihrem Posten auszuharren. In diesen Worten liegt nicht nur eine Aufforderung an die Helfer des alten Staates — auch eine Mahnung an die Bekenner des neuen liegt darin. Niemand, der selbst auf freies Denken Anspruch erhebt, wird denjenigen zu nahe treten, diejenigen kränken dürfen, die mit ihrem Herzen bei einem anderen Gesellschaftssystem sind. Es sind nicht immer die Schlechtesten, die sich bei jeder Umwälzung und beim Emporkommen neuer Mächte umzulernen verstehen. Ein zur Selbständigkeit gelangendes Volk ehrt sich selber, indem es auch in denjenigen, der deren Vorrechte es hinwegschreitet, die aufrichtige Gesinnung ehrt. Gestern haben, im Zuberrausch des Erfolges, Personen, die weder zum Arbeiterstande, noch zu den Soldaten gehörten, diese Richtung nicht immer gewahrt. Ebert ist und weiß, daß eine Revolution, die kleinlich dastehen müßte, dem besiegten Gegner mit Schonung und Menschlichkeit begegnen hat.

Die Nationalversammlung wird, frei und wird, über die Frage entscheiden, ob Deutschland eine Republik werden oder in welcher Form es Zukunft seine neuen Wege beschreiten soll. Es ist eine große, aber absolut notwendige Aufgabe, mitten in der allgemeinen Auflösung die Wahlen zu dieser Versammlung vorzubereiten, daß jede Meinung sich sicher und unbehelligt äußern kann. Das, was geschaffen werden soll, muß durch die Volkssicherheit verbürgt und dauernd sein. Es dürfen nicht unterdrückte Kräfte sich hinterher in der Behauptung zusammenfinden, die neue Volksherrschaft habe einen Zwang auf sie ausgeübt. Aber die Regierung hat sich sehr viel anderes zu tun und zu erfüllen, bevor oder während sie das Volk an die Wahlurnen ruft. Niemals konnten sich vor neuen Männern so ungeheure Pflichten auf. Der Schutz der Bevölkerung gegen Elemente, die in Tagen der Erneuerung an den ehrenhaften Arbeiter und Soldaten sich heranzudrängen und ihre Interessen auszubeuten lassen, ist die oberste Pflicht. Die Bevölkerung erhofft von der Energie der Regierung und von der Umsicht des Arbeiter- und Soldatenrates, daß diesen Elementen jede irgendwo aufgegriffene Waffe schnell wieder aus der Hand genommen werden wird. Dann kommt die Sorge für die Ernährung, die Ebert in seinem Aufruf berührt. Jeder verständigt sich am Volke, der nicht mit ganzer Kraft bei der Sicherung seiner Versorgung hilft. Nach der Verkündung des Waffenstillstandes werden die Millionen von Kriegern, die noch an der Front und in den Etappen stehen, heimzuleiten, unterzubringen, im Lande zu verteilen, mit guter Arbeitsgelegenheit zu versehen sein. Die Einrichtung der Arbeiter- und Soldatenräte ist heute die einzige, die diese Probleme noch lösen kann. Wir wissen nicht, ob die Revolution aus einem Zufall entstand und dann, getragen durch den allgemeinen Geist, vorwärtsteilte, oder ob sie seit langem planmäßig organisiert gewesen ist. Aber in diesen Tagen, seit dem ersten Ruf aus Kiel, haben diejenigen, die ihre Leitung in die Hand nahmen, ein seltenes, selbst in dem Lande der Gewerkschaften und der alten militärischen Schulung überraschendes Organisationstalent gezeigt. Jetzt hat dieses Organisationstalent eine noch schwerere Probe zu bestehen. Die gestern zur Macht gelangten politischen Führer werden auch den Dank Andersdenkender verdienen und vor der Geschichte groß erscheinen, wenn diese Probe gelingen wird. Dazu ist vor allem nötig, daß Einigkeit unter ihnen herrscht. Es ist auch nötig, daß man die Vertreter des Bürgertums nicht fernhält, und daß die Vertreter des Bürgertums selber Anregungen in sich überwinden, mit denen sich das Ziel, die Beendigung dieser beispiellosen Wirren, nicht erreichen läßt.

Wer gestern in den Nachmittagstunden Berlin gesehen hat, trägt Eindrücke und Bilder in sich, die unauslöschbar sind. Dort, wo bisher noch das Leben nach preußischem Zuschnitt sich abspielte, feierte die Revolution ihren Triumph. Endlose lange Züge von Arbeitern, Soldaten und Frauen marschierten vorbei. Rote Fahnen wurden vorangetragen. Ordner gingen neben den Reihen. Die Soldaten und auch viele Zivilisten hatten die Gewehre über die Schulter gehängt. Die schweren Lastautos der Militärdepots und die grauen Autos, in denen eben noch die Offiziere gesessen hatten, jagten herum, bis zum letzten Stehplatz mit bewaffneten Soldaten, Zivilpersonen. Trägern großer roter Fahnen gefüllt. Vieles erinnerte an Zeichnungen der alten französischen Revolutionsmaler und ein Schauspiel für Nervenschwache war es mitunter nicht. Das waren die ersten Freudenkundgebungen und hoffentlich werden schnell die Worte wirken, mit denen der neue Volkskanzler zum Verlassen der Straße, zu Ruhe und Ordnung mahnt. Auch im Volke dürfte jeder empfinden, daß jede Ausschreitung zu unsagbarem Unglück führen, Unordnung die Ordnungsstifter und die Gegenrevolution mit unabsehbaren Blutvergießen herbeirufen kann. Immer wieder muß man daran erinnern, daß Macaulay die englische Revolution gerade deshalb als Muster aller Umwälzungen hinstellt, weil sie die Existenz jedes einzelnen mit menschlichem Respekt behandelt, die alten Sym-

Ebert übernimmt das Reichskanzleramt.

Der neue Reichskanzler Ebert macht in folgendem Flugblatt der Bevölkerung von seinem Amtsantritt Mitteilung:

„Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriff, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden, und werde über das Ergebnis der Oeffentlichkeit in Kürze berichten. Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat, zu befestigen! Mitbürger! Ich bitte Euch alle um Eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die unser harrt. Ihr wißt, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht.

Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören! Es muß die erste Pflicht aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu hindern, sondern zu fördern. Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderungen und Raub mit Elend für Alle. Die Aermsten würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten betroffen werden. Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, verfündigt sich aufs schwerste an der Gesamtheit.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle dringend: Verlaßt die Straßen. Sorgt für Ruhe und Ordnung!

Der Reichskanzler.
gez. Ebert."

*

Berlin, 9. November. (W. T. B.)

Der Reichskanzler Ebert veröffentlicht nachfolgenden Aufruf:

„Die neue Regierung hat die Führung der Geschäfte übernommen. Das deutsche Volk vor Bürgerkrieg und Hungersnot zu bewahren und seine berechtigten Forderungen auf Selbstbestimmung durchzusetzen, diese Aufgabe kann sie nur erfüllen, wenn alle Behörden und Beamten in Stadt und Land ihre hilfreiche Hand leisten. Ich weiß, daß es vielen schwer werden wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten unternommen haben, aber ich appelliere an ihre Liebe zu unserem Volke. Ein Versagen der Organisation in dieser schweren Stunde würde Deutschland der Anarchie und dem schrecklichsten Elend ausliefern. Helft also mit mir dem Vaterlande durch furchtlose und unverdrossene Weiterarbeit, ein jeder auf seinem Posten, bis die Stunde der Ablösung gekommen ist.

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler: gez. Ebert.

Die Mehrheitssozialdemokratie lehnt die Forderungen der Unabhängigen ab.

Der sozialdemokratische Parteivorstand lehnte gestern abend die Bedingungen, unter denen die Unabhängigen in die Regierung eintreten wollten, ab. Er verweigerte insbesondere den Ausschluß aller bürgerlichen Politiker aus der Regierung, weil dadurch die Volksernährung unmöglich gemacht würde, verlangte ein Zusammenwirken bis zur Konstituierung der Nationalversammlung, während die Unabhängigen es nur bis zum Waffenstillstand bewilligen wollten. Er lehnte ferner eine Reihe anderer Forderungen ab, die auf die Diktatur eines Teiles einer Klasse hinausliefen. Die Bedingungen der Unabhängigen bestehen darin: 1. Einführung der Republik; 2. die Regierung ist ein Provisorium bis Abschluß des Waffenstillstandes; 3. es darf kein Bürgerlicher in die Regierung hinein. (Siehe Seite 2.)

Die Beschlüsse der Arbeiter- und Soldatenräte.

Berlin, 9. November.

Die bereits gewählten Arbeiter- und Soldatenräte hielten heute abend 10 Uhr im großen Bismarcksaale des Reichstages eine Sitzung ab und beschlossen folgendes: Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen versammeln sich am Sonntag, 10. November, vormittags 10 Uhr, in den Fabriken und wählen Arbeiterräte. Frauen sind wählbar. Sämtliche Soldaten versammeln sich gleichfalls in den Kasernen bezw. Bazaretten vormittags 10 Uhr. Auf ein Bataillon bezw. eine Formation entfällt ein Soldatenrat. Auf 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen entfällt ein Arbeiterrat. Kleinere Betriebe vereinigen sich zur Wahl eines Arbeiterrates. Nachmittags 5 Uhr versammeln sich die gewählten Arbeiter- und Soldatenräte im Zirkus Busch und wählen die provisorische Regierung.

Die Oberste Heeresleitung und die Soldatenräte.

Aus dem Hauptquartier ist, wie wir hören, die telegraphische Nachricht eingetroffen, daß die Oberste Heeresleitung die Autorität der Arbeiter- und Soldatenräte anerkennt.

Ferner wird amtlich berichtet: Der Kriegsminister hat sich der neuen Regierung zur Verfügung gestellt, um die weitere Ernährung des Heeres und die Lösung der Demobilmachungsaufgaben sicherzustellen.

*

Der bisherige Reichskanzler, Prinz Max von Baden, hat gestern Berlin verlassen.

Umso dramatischer meldeten sich die Berliner Zeitungen am 10.11. In einer ganzen Kette von Extraausgaben versuchte der Vorwärts, die galoppierenden Ereignisse, mithin den Berichtsrückstand gegenüber bereits zirkulierenden Handzetteln und Flugblättern einigermaßen aufzuholen. Gleichzeitig kündete das BTB in bis heute oft zitierter Pointierung von der „größten aller Revolutionen". Auch die Rote Fahne konnte bei aller Kürze der redaktionellen Vorbereitung – sie war durch die Übernahme des Berliner Lokalanzeigers überhaupt erst am Vortag entstanden – stolz verkünden: „Es lebe die soziale Revolution!"[26]

Erst am 15.11. erschien erstmals eine Ausgabe der Freiheit, dem Publikationsorgan der Unabhängigen Sozialdemokraten. Sie nahm den euphorischen Ton der Vorwoche auf und konstatierte feierlich, dass die große geschichtliche Tat vollbracht sei und die deutsche Revolution nun nicht mehr länger bloßer Gegenstand der Sehnsucht bleiben müsse, sondern lebendige Wirklichkeit geworden sei.[27]

Dass die hier mit schillernden Worten gewürdigten Ereignisse mit überregionalen Zusammenhängen verbunden seien oder sogar ursächlich von diesen ausgegangen waren, verraten die Berliner Zeitungen dieser Tage nicht. Die „Revolution" – wie die Ereignisse einhellig, am zögerlichsten sogar noch im Vorwärts – genannt wurden, erscheint vielmehr als losgelöste Berliner Angelegenheit, die zwar von dort aus Auswirkungen auf das ganze Reich hat, jedoch umgekehrt keiner auswärtigen Wirkung zu unterliegen scheint. Einzig in der Roten Fahne findet sich ein prominenter Verweis auf Kiel. Arg spät, hieß es dort, sei Berlin endlich dem glorreichen Beispiel der Kieler Matrosen gefolgt.[28] Hinweise darüber, ob sich Kieler Matrosen unmittelbar an den Berliner Geschehnissen beteiligten oder darauf, wie die reklamierte Signalwirkung zu verstehen sei, finden sich jedoch nicht. Vielmehr folgte den Ausführungen in der Roten Fahne die Beobachtung, dass sich die Ereignisse in Berlin genau wie in allen vorherigen bürgerlichen Revolutionen abgespielt hätten – das heißt einer unaufgedeckten tieferen Logik beziehungsweise Regelhaftigkeit folgend, die die Geschehnisse damit vom expliziten Kieler Beispiel wieder völlig unabhängig machten. Weitere Verweise auf Kiel fehlen in dieser wie in den folgenden Ausgaben.

Im Vorwärts wiederum, der am 8.11. noch berichtet hatte, Kiel sei der „Ausgangspunkt der Bewegung", fehlen Kiel-Bezüge seither völlig.[29] Nur im Lokalteil vom 10.11. wird in einer Mini-Meldung davon berichtet, dass im kleinen Geestemünde ähnliche Forderungen wie in Kiel aufgestellt worden seien. Von einer geistigen oder physischen Urheberschaft Kiels und der dortigen Matrosen und ArbeiterInnen ist hingegen nichts zu lesen.

Kiel-Bezüge stellte schließlich auch das BTB nur in den Lokalmeldungen aus dem Reich her, wenn es beispielsweise am 10.11. über die Stadt Kassel hieß, dass Matrosen aus Hamburg, Hannover und Kiel dort angelangt seien und einen Arbeiter- und Soldatenrat gebildet hätten, beziehungsweise dass in Dresden ähnliche Forderungen wie in Kiel erhoben worden seien.[30] Bemerkenswert ist hin-

Linke Seite::
Erstausgabe der „Freiheit" vom 15. November 1918. Sie würdigt das konsequente Eintreten der USPD für die Revolution. Quelle: Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Folgende Seite:
Titelseite des Berliner „Vorwärts" vom 10. November 1918 (Nr. 310) mit Aufrufen des neuen „Reichskanzlers" Ebert. Quelle: Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung.

26 BTB Nr. 576, 10.11., „Erfolg der Revolution"; RF Nr. 2, 10.11., „Die rote Fahne".
27 Freiheit Nr. 1, 15.11., „An die Internationale!".
28 RF Nr. 2, 10.11., „Die rote Fahne".
29 Vorwärts Nr. 308, 08.11., „Amtlicher Bericht von der Wasserkante. Bremen, Hamburg und Kiel in Händen von Arbeiter- und Soldatenräten"; im Folgenden Nr. 310, 10.11., „Die Bewegung im Reiche".
30 BTB Nr. 576, 10.11., „Überall Arbeiter- und Soldatenräte" sowie im Folgenden ebd. „Auch das Oberkommando besetzt".

Die Freiheit

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19. Die „Freiheit" erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 Mark, nach außerhalb (Zusendung unter Streifband) 4 Mark. Bestellungen sind bei auf weitere ausschließlich an die Expedition zu richten. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einsendung der Bezugsgebühr erforderlich.

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Fernsprecher: Amt Norden Nr. 110 07, 110 08 und 110 49. Inserate kosten die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 70 Pf., „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszuschlag 30 Prozent. Bei Familienanzeigen und Versammlungsankündigungen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für die Morgenausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Inserate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

Jahrgang 1 — Berlin, den 15. November 1918 — Nummer 1

An die Partei!

Mit Freude und Stolz sprechen wir zu Euch!

Das scheinbar gegen alle Stürme fest verankerte Gebäude des preußisch-deutschen Militarismus ist zusammengebrochen.

Die Kronen der deutschen Fürstenhäuser, die Krone des deutschen Kaisertums sind wie Glas zerschellt.

Verheißungsvoll tritt an die Stelle der Monarchie die sozialistische Republik.

Das revolutionäre Volk hat kurzen Prozeß gemacht mit den Trägern der alten Regierungsgewalt, den Generalen und Bureaukraten. Es hat die Macht der Offiziere in der Armee, die Herrschaft der Junkerkaste in der Verwaltung, die Herrschaft des kapitalistischen Klüngels im öffentlichen Leben gebrochen und die Regierungsgewalt an sich gerissen.

Die Träger dieser Gewalt sind heute die Arbeiter- und Soldatenräte.

In derselben Stunde, in der die Mauern der alten Verwaltung zertrümmert sind, ist der Grund gelegt für den gewaltigen Bau der neuen sozialistischen Ordnung. Jetzt gilt es, mit dem Aufgebot aller schöpferischen Kräfte den Frieden zu sichern, die revolutionären Errungenschaften zu befestigen, um mit der politischen auch die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse zu vollenden.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat vom ersten Tage ihres Bestehens an das bevorstehende Ende des Militarismus und des Imperialismus verkündet und alles getan, um die revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse zu entfesseln. Heftig bekämpft von der Sozialdemokratischen Partei, die noch beim Ausbruch der Revolution verständnislos diesen Ereignissen gegenüberstand und die Vorkämpfer der Revolution schmähte.

Die Not der Stunde verlangte gebieterisch die Herstellung einer Regierung, die dem blutigen Gemetzel ein Ende machen, die begonnenen Waffenstillstandsverhandlungen zum Abschluß bringen und den Frieden sicherstellen sollte. Eine Regierung, die mit Nachdruck an die Verwirklichung der sozialistischen Grundsätze herantritt.

Dafür war aber eine Gewähr nur gegeben, wenn unsere Partei entscheidenden Einfluß auf die Regierung bekam, deshalb verlangten wir, das neue politische Kabinett müsse ein rein sozialistisches sein, in dem beide sozialdemokratischen Parteien zu gleichen Teilen mit gleichen Rechten vertreten sind.

Diese Regierung konnte die Gewalt nur aus den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte empfangen. Die Regierung wurde deshalb auch erst in dem Augenblick konstituiert, als die erste Vollversammlung des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats die Bildung eines provisorischen Kabinetts in dieser Zusammensetzung billigte.

Durchdrungen von dem festen Glauben an die Durchführbarkeit unseres Endziels, gehen wir an die schwere Arbeit der Beseitigung des Kriegs- und des Nachkriegselends, an den Wiederaufbau der zerstörten Volkswirtschaft, an die durchgreifende Umgestaltung aller Gebiete unseres öffentlichen Lebens, an die Auswerzung aller Machtpositionen der bisher herrschenden, besitzenden Minderheit.

Wirksam kann dieses nur geschehen, wenn die Arbeiter in Massen zu uns stehen und unsere Arbeit fördern.

Sobald die Parteigenossen von den revolutionären Posten, auf denen sie jetzt Wache halten, sich entfernen können, werden wir einen Parteitag einberufen. Dort sollen unsere Genossen entscheiden über die Schritte, die wir unternommen haben.

Und nun auf zu rastloser Arbeit! Sammelt das Proletariat unter dem Banner der Partei, die kühn und klar lebend die Massen zu dem revolutionären Ziel geführt hat, das nun erreicht ist.

Es lebe die grundsatztreue, revolutionäre Sozialdemokratie: die Unabhängige Sozialdemokratische Partei!

Es lebe die sozialistische Internationale!

An die Internationale!

Arbeiter! Parteigenossen!

Die große, geschichtliche Tat ist vollbracht, die deutsche Revolution ist nicht mehr bloß ein Gegenstand der Sehnsucht, sie ist lebendige Wirklichkeit geworden.

In wenigen Tagen erhob sich im ganzen Reich die Arbeiterschaft in einmütigem Zusammenwirken mit Soldaten und Matrosen, fest entschlossen, koste es, was es wolle, die drückende Gewaltherrschaft abzuwerfen. In kühnem Sturmlauf, die prächtigen Mannschaften der Marine voran, bemächtigte sich das arbeitende Volk Deutschlands der Regierungsgewalt.

Sicherung des Friedens, Wiederaufrichtung der zerstörten Volkswirtschaft, Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, das sind jetzt unsere großen Aufgaben. Unser Volk blutet aus unzähligen Wunden, die die verbrecherische Politik der herrschenden Klassen und ihrer Regierungsmänner geschlagen haben. Nur durch Zusammenfassung aller Kräfte kann es gelingen, auf den Trümmern eine neue Welt, eine Welt der Freiheit und Brüderlichkeit entstehen zu lassen.

Der harte Waffenstillstandsvertrag erschwert dieses Werk ungemein. Die deutschen Politiker, die dem schmachvollen Frieden von Brest-Litowsk zustimmten, haben kein Recht, zu beklagen, daß die Entente sie in gleicher Weise behandelt. Wir aber haben mit der ganzen Wucht, die uns die internationale sozialistische Gesinnung verleiht, diesen Friedensvertrag, ebenso wie den von Bukarest, bekämpft. Blutenden Herzens empfanden wir damals, daß wir noch nicht stark genug waren, diese Gewaltakte zu verhindern. Aber das Verlangen, das Unrecht wieder gut zu machen, stärkte unsere Kraft bis zur höchsten, revolutionären Energie. Jetzt, wo die Welt vom Alldruck des preußisch-deutschen Militarismus befreit ist, ist es an Euch, den Kampf zu führen gegen die Gewaltpolitik in Eurem Ländern, zu verhindern, unsere Revolution zu ersticken, den Keim für neue Kriege zu legen. Wir beugen uns heute der Not der Stunde, wenn wir auch die drückendsten Bedingungen, die uns auferlegt werden, annehmen.

Wir appellieren aber an Eure Klassensolidarität, an Euer Gerechtigkeitsgefühl, an Eure sozialistische Gesinnung. Und wir sind gewiß, Ihr werdet Eure Macht so stärken, daß eine Vergewaltigung von Brüdern nicht mehr stattfinden kann. Folgt Ihr uns, dann hat die Stunde des Kapitalismus in der ganzen Welt geschlagen.

Es lebe der internationale Sozialismus!

Die Solidarität aller Völker!

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
Ernst Däumig. Wilhelm Dittmann. Hugo Haase.
Adolf Hofer. Gustav Laukant. Georg Ledebour.
Robert Wengels. Luise Zietz.

Es lebe die Freiheit!

Wie ein Skelett, das nach langen Jahren der Ruhe aus der Gruft gehoben wird, ist das alte System zusammengebrochen. Es bedurfte kaum eines Stoßes. Ein Luftzug genügte.

Der stolzeste Militärstaat erlebte eine Katastrophe, die in der Weltgeschichte beispiellos ist. Wo das rote Banner der Proletarier im Arbeiterkleid und im Soldatenrock sich nur von weitem zeigte, streckten alle die Mächte bedingungslos die Waffen, die sich rühmten, die festesten und bewährtesten Stützen des Deutschen Reichs und seiner Bundesstaaten zu sein.

Voran der Militarismus. Die, die das Bestehende hüten und schützen sollten, die die ultima ratio, den letzten und stärksten Beweisgrund für die Daseinsberechtigung des Hohenzollernstaates bilden sollten, schlugen sich zu seinen Gegnern. Statt, wie es Wilhelm II. mit frevelndem Munde verlangt hatte, auf Vater und Mutter zu schießen, taten die Soldaten, was die sittliche Pflicht ihnen gebot: sie scharten sich um das Banner des Volkes.

Dann die Monarchie selbst. Der Kaiser von Gottes Gnaden, der allein Herr sein wollte in seinem Lande, wandte sich mit den Seinen zu unrühmlicher Flucht, nachdem er das Sinnlose des Versuchs erkannt hatte, das Heer zu einem Schutzwall seiner geheiligten Person zu machen.

Und nicht minder kapitulierten die Bureaukratie und alle die anderen Träger des Systems, das den entsetzensvollen Krieg heraufbeschworen hat. Sie vernahmen den Tritt der Arbeiterbataillone, und alsbald hißten sie die weiße Flagge.

Der Sieg ist teuer erkauft durch die gewaltigen Blutopfer, die mehr als vier Jahre lang dem grausigen Götzen des Imperialismus dargebracht werden mußten. Aber zum Schluß war er leicht. Die vier Jahre, die dem alten Deutschland zum höchsten Triumph verhelfen sollten, hatten aufs wirksamste seinen Zusammenbruch vorbereitet.

Das von Marx gepröigte und von Lenin und seinen Freunden so grenlich mißbrauchte und mißdeutete Wort daß Kriege die Lokomotiven der Revolution sind, hat sich bewährt. Selbst auf dem Boden, der gegen den Umsturz am meisten geeit schien.

Der Jubel und der Stolz der arbeitenden Massen ist berechtigt. Aber sie müssen sich hüten, in dem Freudenrausch dieser ersten Tage zu vergessen, wie unendlich viel noch zu tun bleibt!

Wir haben die Freiheit verhältnismäßig leicht errungen. Sehr viel schwerer wird es sein, das erworbene Gut zu befestigen und zu behaupten.

Das muß immer und immer wieder gepredigt werden, damit das Mißtrauen des Proletariats wach bleibe.

Unsere Gegner haben sich feige verkrochen. Aber sie sind deshalb nicht tot. Sie sammeln neue Kräfte. Sie warten auf den Augenblick, wo sie zum Schlage gegen uns ausholen können.

Einstweilen kommen sie nur aus ihrem Versteck hervor, um uns ihrer Ergebenheit zu versichern. Wir staunen über die große Zahl von Anhängern, die die sozialistische Republik allenthalben besitzt. Die Intellektuellen erklären sich in großen Scharen zu positiver Mitarbeit bereit. Zahlreiche Akademiker wollen von jeher Anhänger des Volksstaates gewesen sein. Beamte stellen sich begeistert auf den Boden der neuen Verhältnisse. Finanzleute und Großgrundbesitzer erweisen dem neuen Deutschland ihre Reverenz.

Mißtraut ihnen, Freunde!

Die meisten von ihnen sind Mantelträger und Gelegenheitssozialisten, die die Konjunktur ausnutzen wollen. Sie werden sich in erbitterte und gehässige Gegner zurückverwandeln, wenn der Wind umschlagen und sie glauben sollten, daß sich anderswo bessere Geschäfte machen lassen.

Die erste und vornehmste Aufgabe der sozialdemokratischen Republik besteht also darin, das Erbe des Proletariats sicherzustellen, und nichts wäre verfehlter, als auf jene so schnell erworbenen Anhänger und Mitläufer Rücksicht zu nehmen. Die Stunde des Proletariats ist gekommen. Sie muß genutzt werden!

Nr. 310. 35. Jahrg.

Bezugspreis: Vierteljährl. 4.40 Mk., monatl. 1.50 Mk. frei ins Haus, sonntagsfreier Morgenausgabe Nummern 10 Pfennig. Postbezug: Monatlich vom Postschalter abgeholt 1.50 Mk., vom Briefträger ins Haus gebracht 1.94 Mk. Unter Streifband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 4.— Mk., für das übrige Ausland 6.50 Mk. monatlich. Deutsch. und Feldpostbriefträger Bestellung monatl. 2.— Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Erscheint täglich.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

10 Pfennig

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Nonpareillezeile kostet 80 Pfg. „Kleine Anzeigen", das heißgedruckte Wort 20 Pfg., mindestens 2 heißgedruckte Worte, jedes weitere Wort 15 Pfg. Stellenanzeige und Geschäftsbeteiligungen das erste Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Wortzahl über 15 Buchstaben zählen für jedes Wort. Teuerungszuschlag 30%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins- Anzeigen 50 Pfg. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Sonntag, den 10. November 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

An die deutschen Bürger!

Berlin, 9. November. Der neue Reichskanzler Ebert erläßt folgende Kundgebung an die deutschen Bürger:

Mitbürger!

Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriff, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden und werde daher über das Ergebnis der Oeffentlichkeit in Kürze berichten.

Die **neue Regierung** wird **eine Volksregierung** sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke den **Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat,** zu befestigen.

Mitbürger! Ich **bitte Euch alle um Eure Unterstützung** bei der schweren Arbeit, die unser harrt, Ihr wißt, wie schwer der Krieg **die Ernährung des Volkes,** die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht.

Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören.

Es muß die **erste Pflicht aller in Stadt und Land** bleiben, die **Produktion von Nahrungsmitteln** und ihre **Zufuhr in die Städte** nicht zu hindern, sondern zu fördern.

Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderungen und Raub, mit Elend für alle! Die Aermsten würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten getroffen werden.

Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, versündigt sich aufs schwerste an der Gesamtheit.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle dringend: **Verlaßt die Straßen! Sorgt für Ruhe und Ordnung!**

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler. Ebert.

An alle Behörden und Beamten!

Berlin, 9. November. Der Reichskanzler Ebert veröffentlicht nachfolgenden Aufruf:

Die neue Regierung hat die Führung der Geschäfte übernommen, um das deutsche Volk vor Bürgerkrieg und Hungersnot zu bewahren und seine berechtigten Forderungen auf Selbstbestimmung durchzusetzen. Diese Aufgabe kann sie nur erfüllen, wenn alle Behörden und Beamten in Stadt und Land ihre hilfreiche Hand leisten.

Ich weiß, daß es vielen schwer werden wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten unternommen haben, aber ich appelliere an ihre Liebe zu unserem Volke. Ein Versagen der Organisation in dieser schweren Stunde würde Deutschland der Anarchie und dem schrecklichsten Elend ausliefern.

Helft also mit mir dem Vaterlande durch furchtlose und unverdrossene Weiterarbeit, ein jeder auf seinem Posten, bis die Stunde der Ablösung gekommen ist.

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler. gez. Ebert.

Soldaten! Es ist der Wunsch der in Bildung begriffenen sozialistischen Regierung, daß Ihr heute wieder in Eure Kasernen zurückkehrt, wo Ihr durch Soldatenräte Eure Angelegenheiten selbst verwalten könnt. Nur dort könnt Ihr Eure Verpflegung sichern.

Kein Bruderkampf!

Einen Sieg hat das deutsche Volk und insbesondere auch das Berliner Proletariat errungen, der ohne Beispiel in der ganzen Geschichte dasteht. Selbst die Ereignisse von 1848 verblassen gemessen an dem gewaltigen Umsturz, der sich am 9. November 1918 vollzogen hat. In unserer gestrigen Extra-Abendausgabe, die wir den meisten unserer Leser noch zustellen konnten, haben wir an dieser Stelle die Bedeutung des ersten Revolutionstages ausführlich gewürdigt.

Heute gilt es nicht, sich hemmungslosem Jubel hinzugeben, sondern es heißt, für die Zukunft zu sorgen und zu schaffen. Aufgabe über Aufgabe drängt sich an die Arbeiter- und Soldatenregierung heran. Die neue Volksregierung soll nach außen den Frieden schließen, nach innen die Volksernährung organisieren, die Demobilisierung von 10 Millionen Soldaten in geordnete Bahnen bringen, das Wirtschaftsleben organisieren und unendlich andere Dinge mehr, von denen jedes einzelne von höchster Bedeutung ist. Alle haben bis zum äußersten zu tun, alle arbeiten bis zur Erschöpfung, und doch fehlt es allenthalben noch an Händen und Gehirnen.

Und doch können und werden wir die Aufgabe lösen. Dazu aber ist eins unumgängliche Voraussetzung: Daß die Arbeiterklasse einig und geschlossen bleibt. Ohne das geht es nicht! Wenn Gruppe gegen Gruppe, Sekte gegen Sekte arbeitet, dann entsteht das russische Chaos, der allgemeine Niedergang, das Elend statt des Glückes.

Schon gestern ist von einzelnen kleinen Gruppen, oft unter unbekannter und unverantwortlicher Führung der Versuch gemacht worden, eigene Wege zu gehen und die Arbeit des Arbeiter- und Soldatenrates zu durchkreuzen. Das ist die schwerste Verfündigung an der Arbeiterschaft, die überhaupt denkbar ist. Das Werk, das von der großen Masse der Arbeiterschaft getragen wird, darf nicht durch kleine Minderheiten zerstört werden. Alle solche Versuche müssen an dem gesunden Sinn und an der entschlossenen Ablehnung der Arbeiterschaft scheitern, oder die Arbeiterschaft selber wird scheitern.

Der gestrige Sieg des Volkes über das alte System ist nur mit geringem Blutvergießen bezahlt worden. Soll nun der Welt nach solchem herrlichen Triumph das Schauspiel einer Selbstzerfleischung der Arbeiterschaft in sinnlosem Bruderkampf geboten werden?

Das darf nimmermehr geschehen! Der gestrige Tag hat in der Arbeiterschaft das Gefühl für die Notwendigkeit innerer Einheit hoch emporladen lassen! Aus fast allen Städten, aus ganzen Ländern, aus ganzen Bundesstaaten hören wir, daß alte Partei und Unabhängige sich am Tage der Revolution wieder zusammengefunden und zu der alten geschlossenen Partei geeint haben. In Bayern ist diese Einigung für den ganzen Staat vollzogen. Dort gibt es keine Parteispaltung mehr! Soll Berlin dahinter zurückstehen?!

Die Einigung muß auch hier durchgeführt werden! Sie muß! Es geht um Wohl und Zukunft der ganzen Arbeiterklasse. Und wenn auch noch so viel Verbitterung sich eingefressen hat, wenn auch der eine Teil dem andern manches aus der Vergangenheit vorwirft und umgekehrt, ein Tag wie der gestrige ist groß und überwältigend genug, um all das vergessen zu machen.

Das Versöhnungswerk darf nicht an einigen Verbitterten scheitern, deren Charakter nicht stark genug ist, um diesen Groll überwinden und vergessen zu können. Liegt doch solcher Groll den Massen selber vollkommen fern, ist doch auch gestern zwischen Arbeiter und Arbeiter die Einigkeit fast instinktiv hergestellt worden. Kein Führer darf das hemmen. Gibt es unter ihnen solche, mit denen die Einigung nicht gemacht werden kann, dann muß sie gemacht werden ohne sie! An keiner Personenfrage darf ein Werk von so ungeheurer Bedeutung scheitern.

Die alte sozialdemokratische Partei erstrebt die Einigung mit aller Kraft auch unter eigenen Opfern. Sie weiß sich in diesem Bestreben eins mit dem gesunden Instinkt der Arbeiterschaft, deren große Masse es nie begreifen würde, wenn man gestern Schulter an Schulter auf der Barrikade gestanden hat, daß man sich morgen auf der Barrikade gegenüberstehen sollte. Die Sozialdemokratische Partei verbleibt in ihrem Streben dabei keinerlei eigennützige Ziele, sie ist nur ganz durchdrungen von dem Gedanken, daß das Werk der Rettung aus dem Abgrund, in den uns der überwundene Imperialismus gestürzt hat, nur von einer einmütigen und geschlossenen Arbeiterschaft ausgeführt werden kann.

Die Bruderhand liegt offen — schlagt ein!

Rechte Seite:
Titelblatt der „Roten Fahne“ vom 21. November 1918 (Nr. 6) mit Verweis auf die Vorbildwirkung des Kieler Arbeiter- und Soldatenrates. Quelle: Staatsbibliothek Berlin.

gegen die Meldung – ebenfalls vom 10.11. –, dass 3000 Soldaten aus Kiel (nicht: „Matrosen“) auf dem Weg nach Berlin seien. Der genaue Zweck dieser Truppenbewegung wird in dieser Ausgabe nicht erläutert. Dass diese Soldaten aus Berlin angefordert worden waren, weil sie als vorbildliche und in der Kieler „Revolution“ erfahrene Sicherheitskräfte galten, erwähnten die Redakteure nicht. Sie vermieden es stattdessen auch in diesem Punkt, eine irgendwie affirmative symbolische Verbindung zwischen Kiel und Berlin zu entwickeln.

Erst eine Woche später stellten die Berliner Zeitungen erneut Bezüge zu Kiel her. Auch in Berlin sorgte nämlich die oben bereits erwähnte Protestnote des Obersten Soldatenrats der Ostseestation gegen den seiner Ansicht nach von Offizieren korrumpierten Berliner Soldatenrat der Marine für gewisse Aufmerksamkeit.[31] Der Anspruch des Kieler Soldatenrates, aus seiner besonderen Rolle in der Revolution Gewicht für seine Forderungen abzuleiten, wurde in der Berliner Presse jedoch ebenso wenig kommentiert oder aufgegriffen wie in Kiel selbst. Jenseits der durchaus markigen Position entfaltete die Protestnote keine besondere journalistische Relevanz. Nur die Rote Fahne griff sie dergestalt auf, dass sie sie an die eigene Oppositionshaltung gegen den Rat der Volksbeauftragten anknüpfte und damit erzählerisch verwertete. So kündete sie unter der Schlagzeile „Kiel in Deutschland voran“ am 21.11. von der vorbildlichen Signalwirkung aus Kiel, wo – im Gegensatz zu Berlin – mit der Revolution ernst gemacht werde, indem die politische Macht exklusiv den Rätekörperschaften verblieben sei und die Sozialisierung energisch vorangetrieben werde.[32] Signalwirkung hatte Kiel also weniger über den seinerzeitigen „Matrosenaufstand“, sondern über den vermeintlichen aktuellen Widerstand gegen die Berliner „Revolutionsregierung“. Dieser Strategie verpuffte jedoch rasch, weil sich die Auffassungen der Roten Fahne als Irrtum erwiesen. Die Kieler Räteorgane betonten nämlich in der Folge ebenso eindeutig wie der mehrheitssozialdemokratische neue Gouverneur Gustav Garbe, dass die Kieler Körperschaften widerspruchslos hinter dem Berliner Rat der Volksbeauftragten und deren gemäßigtem Revolutionsverständnis stünden.[33]

Ebenfalls am 21.11. berichtete die Freiheit über eine Kundgebung des Kieler Arbeiter- und Soldatenrates, in der dessen Vorsitzender Lothar Popp forderte, die politische Macht müsse noch länger in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte bleiben, bis die „glorreiche Revolution“ hinreichend gegen Rückschläge gesichert sei.[34] Die Macht des Kapitalismus müsse zunächst weiter abgebaut, die Sozialisierung vorangetrieben werden. Popps allgemeine, nicht an irgendeine spezifische Geltung Kiels angebundene Forderungen firmierten unter der Überschrift „Kiel für die sozialistische Republik“. Dieser nominale Direktbezug ist das einzige Mal, dass „Kiel“ in den Berliner Zeitungen als Hauptüberschrift auf einer Titelseite erscheint. Ein explizites Sonderrecht für Kiel reklamieren weder Popp in seiner Kundgebung noch die Berliner Redakteure. So be-

31 Vollständiger Abdruck u.a. in BTB Nr. 586, 15.11., „Ein scharfer Protest der Kieler Räte gegen die Offiziere“.
32 RF Nr. 6, 21.11., „Kiel in Deutschland voran“.
33 So im BTB Nr. 649, 20.12., „Die Reichskonferenz der A.- und S.-Räte“.
34 Freiheit Nr. 12, 21.11., „Kiel für die sozialistische Republik“.

Nr. 6 — Jahrgang 1918 | Donnerstag, 21. November 1918 | Preis 10 Pfg.

Die Rote Fahne

Zentralorgan des Spartacusbundes

Redaktion und Expedition: Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 40/41
Fernsprecher: Amt Lützow 4318 und 4814

Schriftleitung:
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Abonnementspreis monatlich 1,50 M.
Anzeigenpreis: die 7gespaltene Nonpareille-Zeile 75 Pf.,
im Reklameteil 3,00 M.
Kleine Anzeigen Ueberschriftzeile 30 Pf., jede weitere Zeile 15 Pf.

Kiel in Deutschland voran.

Beschlüsse des Kieler A.- und S.-Rats.

Aus Kiel wird uns vom 20. November telegraphiert: Der Große Kieler A.- und S.-Rat faßte heute folgende grundlegende Beschlüsse: erstens, die politische Macht ruht in den Händen der A.- und S.-Räte, bis die Früchte der Revolution gesichert sind; zweitens, alle Banken, Großindustrien und der großagrarische Grundbesitz werden als Nationaleigentum erklärt; drittens, es ist Vorsorge zu treffen, daß alle Regierungsmaßnahmen nur auf die Begünstigung hinarbeiten und zwar im Einvernehmen mit den A.- und S.-Räten, und daß hierbei die Bourgeoisie vollständig ausgeschaltet wird.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen, auch von den Arbeitervertretern, die zu gleichen Zeiten aus der Schiffsdemonstrations- und Heizer-Gruppe zusammengesetzt sind und unter denen sich auch Gewerkschaftsführer befinden.

Auch Bremen!

Bremen, 20. November. In der gestrigen Vollsitzung des Arbeiter- und Soldatenrats gelangte die nachfolgende Entschließung Henke zur Annahme: Der Arbeiter- und Soldatenrat Bremen erblickt in der Einberufung der Nationalversammlung nicht eine Befestigung, Vertiefung und Ausbreitung der Revolution, deren Ziel die soziale Republik ist, sondern ein gefährliches Hindernis für sie. Der Arbeiter- und Soldatenrat Bremen erklärt sich deshalb gegen die Einberufung einer Nationalversammlung von Vertretern der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte. Von den 153 abgegebenen Stimmen waren 116 für die Resolution, 23 dagegen und 13 ungültig. — In der Sitzung wurde außerdem bekanntgegeben, daß am nächsten Sonntag in Bremen eine Konferenz von Vertretern der Arbeiter- und Soldatenrat Nordwestdeutschlands stattfinden würde mit der Absicht des Zusammenschlusses und der Konstituierung als eigener Verwaltungsbezirk.

Ebert besteht auf seinem Schein.

Berlin, 20. November. Alle zur Zeit in der Presse auftauchenden Nachrichten über erreichte oder uns angebotene Milderungen der Waffenstillstandsbedingungen entsprechen nicht den Tatsachen. Vielmehr ist festzustellen: Trotz aller Vorstellungen und aller bereits gelungenen Unterstützungsversuchen in der politischen Durchführung der uns auferlegten schweren Bedingungen des Waffenstillstandes ist von unseren Gegnern nicht das geringste Entgegenkommen bestätigt worden.

Deutsche Waffenstillstandskommission.
Generalstabschef Groener.

Die Opfer des Krieges.

Genfer, 19. November. (Reuter.) Unterhaus. Der Unterstaatssekretär für den Krieg Macpherson sagte, bis zum 4. November 1918 die britischen Gesamtverluste an Toten, Verwundeten, Vermißten und Gefangenen ausschließlich der Luftstreitkräfte, aber mit Einschluß der Dominions und Indiens, 9 048 921 Mann betrugen. Macpherson sagte: Die britischen Verluste verteilen sich wie folgt: in Frankreich usw: 32 780 Offiziere, 626 848 Mann, Gesamtverluste 126 757 Offiziere, 2 594 896 Mann, in Italien 86 Offiziere, 841 Mann, Gesamtverluste 458 Offiziere, 6480 Mann; Dardanellen hat: 1705 Offiziere, 31 787 Mann, Gesamtverluste 5053 Offiziere, 134 676 Mann; Saloniki hat: 265 Offiziere, 7390 Mann, Gesamtverluste 1317 Offiziere, 26 101 Mann; Mesopotamien hat: 1540 Offiziere, 29 769 Mann, Gesamtverluste 4855 Offiziere 95 344 Mann; Kaukasus hat: 1096 Offiziere, 14 794 Mann, Gesamtverluste 5692 Offiziere, 54 261 Mann; Ostafrika hat: 330 Offiziere, 8724 Mann, Gesamtverluste 896 Offiziere, 16 929 Mann; auf anderen Kriegsschauplätzen hat: 132 Offiziere, 600 Mann, Gesamtverluste 326 Offiziere, 2971 Mann.

Die Rücktritte der belgischen Regierung.

Außerdem, 20. November. Nach hier vorliegenden Berichten Rücktrittsgesuch der belgischen Minister morgen nach Brüssel zurückgetreten. Der König wird die Kammer am Freitag eröffnen. Das Ministerium wird unmittelbar darauf seine Entlassung nehmen.

Außerdem, 20. November. Den hiesigen Blättern zufolge ist das belgische Königspaar gestern in Antwerpen angekommen.

Guillaume verhaftet!

Die Basler „National-Zeitung" meldet, daß Guillaume verhaftet worden ist. Schon am 3. November hat der schweizerische Bundesrat bekanntlich die Verhaftung Guillaume verfügt, wobei ihm jedoch von den Genfer Behörden eine Frist zum Verlassen des Kantons gewährt wurde. Nun ist der unbequeme Gast doch noch festgenommen worden. Die Meldung wird auch in der sozialistischen

Waffenstillstand zwischen Polen und Ukraine.

Krakau, 20. November (Wiener Korr.-Bureau). Sonntag vormittag wurde in Lemberg ein 48stündiger Waffenstillstand geschlossen, der beiderseits mit dreistündiger Frist vor dem Endtermin gekündigt werden kann.

Der Soldatenrat in Kitzingen für die Nationalversammlung.

Berlin, 20. November. Generalstabschef Scheidemann hat folgendes Telegramm erhalten:

Der allgemeine Soldatenrat für das Gouvernement Würzburg erklärt, daß er vorsichtshalb sich auf den Standpunkt der Ablehnung jeder wie immer gearteten Diktatur stellt und mit aller Entschiedenheit die konstituierende Nationalversammlung als die verfassunggebende einzig berechtigte Macht ansieht, die geeignet ist, den wahren Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen.

Allgemeiner Soldatenrat Würzburg.
Wörtner. Bonn. Beier.

Berlin, 20. November. Bei dem Staatssekretär Scheidemann ist folgendes Telegramm eingetroffen:

Der große Soldatenrat Kowno, Zentralrat der Ostfront, hat in seiner heutigen Delegiertenversammlung einstimmig die folgende Resolution angenommen und bittet Sie, dieselbe unverzüglich der Reichsregierung bekanntzugeben:

„Der große Soldatenrat Kowno — Zentralrat der Ostfront — erklärt, daß er vorsichtshalb sich auf den Standpunkt der Ablehnung jeder wie immer gearteten Diktatur stellt und mit aller Entschiedenheit die konstituierende Nationalversammlung als die verfassunggebende einzig berechtigte Macht ansieht, die geeignet ist, [illegible] zugeschickt hat großer Soldatenrat Kowno, Zentralrat der Ostfront. Bisch, Biedl, Hölsch, Kraemer, Kutzsch, Schäfer, Gleichhämer.

Deutsche Feierlichkeiten.

Berlin, 20. November. Der Reichsleitung ist aus Wilhelmshöhe vom 18. November folgendes Telegramm zugegangen:

Das Feldheer wünscht dem Vaterland Heil, wenn es heim Einziehen in das westliche Grenzgebiet und später beim Einziehen in die Heimatzonen feierlich empfangen würde.

Verordnungen.

Berlin, 20. November. (Amtlich.)

Zum Erlaß über die Entlassung in die Heimat.

In den „Kreisen in unerläßlichen Diensten", die auf die Entlassungen warten müssen, bis sie erfolgt sind (Absatz 2 des Erlasses), gehört das gesamte Sanitätspersonal.

Der Kriegsminister: Der Kriegsministerrat:
Scheüch. Göhre.

Berlin, 20. November. (Amtlich.) Von verschiedenen Seiten ist mitgeteilt, daß Angehörige des Pflege-, Wärter- und sonstigen Personals in den Lazaretten ihre Tätigkeit und ihre Posten verlassen haben.

Lazarettärzte haben sich geweigert, in die Truppe abzufahren und sind nach ihrer Heimat gereist; andere haben die Ausfahrt von der Genehmigung des zuständigen Soldatenrats abhängig gemacht.

Es liegt auf der Hand, daß durch derartiges Verhalten die Versorgung der Verwundeten und Kranken aufs schwerste behindert, so daß doch jeder wieder Kameraden geführt wird. Insbesondere ist zu bedenken, daß gerade jetzt die Versorgung in der Hilfeleistung und Nachbehandlung Verwundeter und Kranker, die heim in Feindbund sollen, ein schweres Unrecht gegen die leidenden Kameraden ist.

Das in den Lazaretten — sowohl in der Heimat als auch beim Feldheere — tätige Sanitätspersonal wird daher dringend aufgefordert, seinen bisherigen Dienst weiter zu versehen und den Anordnungen der bisherigen Vorgesetzten im Krankenpflege- und Transportdienst unbedingt Folge zu leisten.

Die Soldatenräte müssen es als ihre Pflicht betrachten, dafür zu sorgen, daß den verwundeten und kranken Kameraden die ihnen nötige Fürsorge zuteil wird.

Der Kriegsminister:
Scheüch.

Der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium:
Göhre.

Berlin, 20. November. (Amtlich.) Alle in der Heimat an ihrem Wohnort oder ihrem Arbeitsort mit Urlaubsschein anwesenden Offiziere des Beurlaubtenstandes, Unteroffiziere und Mannschaften aller Jahrgänge mit Ausnahme der Jahrgänge 1896, 1897, 1898 und 1899 sind bis zum 30. November d. J. aus dem Heeresdienst beschleunigt zu entlassen. Sie erwarten sich bei der nächsten militärischen Dienststelle einen Entlassungsschein.

Die gesetzlichen Versorgungs- und Entlassungsansprüche dieser beschleunigt in ihren Urlaubsort Entlassenen werden später durch die Bezirkskommando und Meldeämter geregelt.

Urlauber, die sich vor dem 30. November bei ihrer Truppenformation melden, werden dort mit ihrem Jahrgang ordnungsmäßig entlassen.

Urlauber der Jahrgänge 95, 97, 98 und 99 begeben sich zur nächsten Ersatzformation, wenn sie ihren Truppenteil nicht erreichen können.

Der Kriegsminister: Der Unterstaatssekretär:
Scheüch. Göhre.

Das, was ist.

Zwischen der bisherigen politischen Form und dem bisherigen sozialen Inhalt der deutschen Revolution klafft ein Widerspruch, der Lösung heischt und in dessen Lösung sich die weitere Entwicklung der Revolution vollziehen wird. Ihre politische Form ist die einer proletarischen Aktion, ihr sozialer Inhalt der einer bürgerlichen Reform.

Freilich: Ihre politische Form war in erster Reihe eine militärische Aktion, die nur mit manchem Körnlein Salzes proletarisch genannt werden kann; ihre Antriebe waren zum großen Teil nicht proletarische Klassenmotive, sondern mehr oder weniger allgemein-gesellschaftliche Gebrechen; der Sieg der Arbeiter- und Soldaten-Massen war nicht so sehr ihrer Stoßkraft zu verdanken, als dem inneren Zusammenbruch des früheren Systems; die politische Form der Revolution war nicht nur proletarische Aktion, sondern auch Flucht der herrschenden Klassen vor der Verantwortung für den Gang der Ereignisse; Flucht der herrschenden Klassen, die mit einem Seufzer der Erleichterung die Liquidation ihres Bankrotts dem Proletariat überließen, und so der jungen Revolution zu entgehen hoffen, deren Wetterleuchten ihnen den Kinnschwinkel auf die Stirn treibt.

Die heutige „sozialistische" Regierung möchte jenen Widerspruch lösen, durch Zurückschrauben der proletarischen Form auf den bürgerlichen Inhalt; Aufgabe des sozialistischen Proletariats ist, den rückläufigen Inhalt auf die höhere Stufe der fortgeschrittneren Form zu erheben; die Revolution zur sozialen Revolution zu steigern.

„Das deutsche Proletariat besitzt heute die politische

Hält dieser Satz den Tatsachen Stand?

Wohl in allen größeren Städten Deutschlands sind Arbeiter- und Soldatenräte gebildet; daneben aber nicht selten auch Bürgerräte und dergleichen. In den kleineren Städten ist oft alles beim Alten geblieben, oder nur behutsam geändert. Zahlreiche „Bauernräte" sind entstanden, sie liegen mitgerissen in den Händen des ländlichen Proletariats, meistens in denen des mittleren oder großen Grundbesitzes.

Die Arbeiterräte sind keineswegs überall nur dem Proletariat entnommen und dessen einheitige Vertreter; wir wissen Fälle, in denen die Arbeiter den geschickt sich anbiedernden Unternehmer oder andere feine Bourgeois sich haben aufschwatzen lassen. Häufig sind die gewählten Arbeiter nur sehr unvollkommen aufgeklärt, nur sehr wenig Klassenbewußt, oder aber sehr unsicher, unentschlossen, taktlos, so daß sie empfänglich für keinen revolutionären Charakter tragen, oder ihre politische Macht gegenüber den Faktoren des alten Regimes nur scheinbar ist. Immer mehr regen sich zudem die Angehörigen aller möglichen bürgerlichen Berufe, um sich als Kaufmänner vorzustellen, und schicken ihre Vertreter in die Arbeiterräte, die so zu einem allgemeinen Volks-Parlament mit berufsmäßiger Gliederung nach den Wünschen des Herrn von Heydebrandt zu werden drohen.

Mit den Soldatenräten steht es noch unglücklicher. Sie sind der Ausdruck einer aus allen Klassen der Gesellschaft zusammengesetzten Masse, in der jener das Proletariat bei weitem überwiegt, aber keineswegs das zielbewußte, klassenkampfbereite Proletariat; sie sind oft geradezu von oben herab, durch das Eingreifen der Offiziere, auch hochkonservative Kreise gebildet, die so in schlauer Anpassung ihren Einfluß auf die Soldaten zu bewahren suchten und sich zu ihren Vertretern haben wählen lassen.

Nimmt man hinzu, daß die sozial minder differenzierten Soldatenräte noch dem ganzen Wesen der Revolution naturgemäß heute noch weit stärkeren Einfluß besitzen als die Arbeiterräte; daß der ganze bürgerliche Staats- und Verwaltungsapparat und auch die militärische Maschinerie von der „sozialistischen Regierung" noch Kräften aufrechterhalten oder wiederhergestellt sind und eine wirksame Kontrolle der Arbeiter- und Soldatenräte darüber nur schwer durchführbar ist; daß die gewaltige wirtschaftliche Machtstellung der besitzenden Klassen nicht angetastet ist, und manche ihrer sozialen Machtstellungen, z. B. ihre überlegene formale Bildung, auf absehbare Zeit fast unentrinnbar sind, daß vor allem der größte Teil der Lebensmittel in den Händen des antirevolutionären, antisozialistischen Grundbesitzes ist, so erkennt man, daß von wirklicher politischer Herrschaft des Proletariats heute nur mit stärksten Vorbehalten geredet werden kann.

Allerdings, die gegenwärtige Regierung des Sechsmänner-Kabinetts und der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates sind von den Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräten gewählt, deren innere Reife heute etwa dem Reichstagsdurchschnitt entsprechen dürfte; aber das ist nur Fassade. Politische Macht besteht nicht in formalen Auftragen oder in-

steht kein Hinweis darauf, warum die Kundgebung eines regionalen Rates für die politischen Gesamtbelange Bedeutung hat, warum sie titelseitenrelevant ist oder warum eine Kieler Kundgebung möglicherweise eine größere Bedeutung haben könnte als eine gleichlautende Erklärung von andernorts, etwa aus Frankfurt. Die Bedeutung Kiels bleibt implizit und unausgesprochen. Entweder entsprachen der Wortlaut oder die Forderungen Popps denjenigen der Freiheit-Redakteure derart, dass sie sie wörtlich zitierten. Oder ihnen galt der Weckruf eines „echten" Revolutionärs besonders viel. Unmittelbare Wirkung entfaltete Popps Kundgebung jedenfalls nicht; weder die Freiheit noch die anderen Berliner Zeitungen berichteten in der Folge mehr davon. – Der Wortlaut der Kieler Erklärung selbst findet sich in keiner anderen Zeitung wieder.

Umgekehrt zur einmaligen prominenten Herausstellung Kiels schuf das BTB am 30.12. einen ganz anderen Kiel-Bezug. Nach dem Austritt der USPD aus dem Rat der Volksbeauftragten firmierte Kiel als Beschreibungsfolie für die Empfehlung Gustav Noskes zum Volksbeauftragten. Dieser hatte nämlich aus Sicht der liberalen Redakteure in Kiel vorbildliche Arbeit geleistet, indem er die dortigen Verhältnisse geordnet und beruhigt, das heißt gewissermaßen de-revolutioniert hatte. Nicht von den ArbeiterInnen und Matrosen ging hier die Beispielwirkung aus, sondern vom aus Berlin abgesandten Gouverneur, der eben diese Arbeiter und Matrosen diszipliniert hatte.[35]

Kiel spielt – zusammengefasst – für die Berichterstattung der untersuchten Berliner Zeitungen fast keine Rolle, weder für die dortigen städtischen Geschehnisse noch auf das Reich insgesamt gesehen. Die wegen der Zensurbestimmungen erzählerisch unterbundene primäre Signalwirkung, die Kiel als zeitlich wie räumlich erste Stadt der Revolution in der Woche vor dem 9. November hätte entfalten können, galt danach offenbar nicht mehr zeitgemäß; die Erzählung ist von den Berliner Presseorganen entsprechend nicht nachgeholt worden.

Zwar bestand in der Berliner Presse durchaus bisweilen Reflexion darüber, dass die hiesigen Geschehnisse im Zusammenhang einer reichsweiten Entwicklung zu verstehen seien. Dass Kiel dabei jedoch im Rahmen begrifflicher Abstrakta wie „Revolution" oder „Bewegung" eine herausgehobene Signalwirkung zugedacht werden könnte, wurde nicht diskutiert. Akteure des Kieler Matrosenaufstandes wurden mit Ausnahme des aus Berlin bekannten Noske in den dortigen Zeitungen nicht vorgeführt. Erst mit den Weihnachtskämpfen 1918 wurden im allgegenwärtigen Hinweis auf die in Berlin stationierten „Matrosen" allgemeine Bezüge zu den Küstenstädten im Norden des Reiches hergestellt.

Woher diese Matrosen gekommen waren, nämlich beispielsweise aus Kiel, fand keine Erwähnung. So konnte auch nicht zwischen bloßen Matrosen, also dienstbedingten Militärangehörigen, und revolutionären Matrosen der ersten Stunde unterschieden werden. An der Haltung der in Berlin aufgelaufenen Matrosen polarisierte sich

35 BTB Nr. 664, 30.12., „Die Berliner Kundgebungen gegen Spartacus".

zu diesem Zeitpunkt schließlich in erster Linie der aktuelle Zustimmungs- und Durchsetzungsgrad des Rates der Volksbeauftragten – eine Bezugnahme auf den nun schon Historie gewordenen (Kieler) Matrosenaufstand erfolgte hingegen nicht. Entscheidend war vielmehr, ob und inwiefern sich die Volksmarinedivision, oft schlicht als „die Matrosen" bezeichnet, für oder gegen die Berliner Regierung unter Friedrich Ebert gerierten und wie dieses Verhalten gegebenenfalls regierungsseitig zu sanktionieren sei.

Auch in der Berichterstattung über die Eröffnung der Weimarer Nationalversammlung, die mit emphatischen Verweisen auf die Revolution ohnehin arg sparte, spielten Kiel, die Kieler Arbeiter und Matrosen oder der Kieler Matrosenaufstand weder unmittelbar noch symbolisch eine Rolle.

Kontrapunkt Berlin – Die Flucht nach Weimar. Entgegengesetzt zur narrativen Marginalisierung Kiels wurde die Rolle, die Berlin als Symbol der deutschen Revolution spielte, in der Berichterstattung durchaus reflektiert.

Am deutlichsten verwies die Rote Fahne auf die praktische und symbolische Bedeutung der Reichshauptstadt. In zahlreichen Aufrufen des Spartakusbundes an seine Berliner Anhänger wurde der Hinweis prominent platziert, das revolutionäre Berliner Proletariat müsse für Welt und Reich vorangehen. Berlin wurde zur gleichzeitig bedeutendsten wie beispielgebenden Entscheidungsschlacht der Revolutionäre gegen Bourgeoisie und Gegenrevolution stilisiert.[36] Umgekehrt kritisierte das BTB am 28.12., dass es überall sonst gelungen sei, die von der Berliner „Revolutionsregierung" versprochene Ruhe und Ordnung herzustellen, nur nicht in Berlin selbst.[37] Stadt, Verwaltungsorgane und Bürgerschaft gäben damit im Vergleich zum Rest des Reiches ein negatives Beispiel ab. Zwischen diesen Positionen changierten auch Freiheit und Vorwärts, die einerseits in den an ihre Leserschaft vermittelten Aufrufen und Leitartikeln die Besonderheiten und den Entscheidungscharakter Berlins im Rahmen der Gesamterzählung von Revolution betonten, damit aber andererseits auch die Abweichung Berlins vom allgemeinen Beispiel der deutschen Revolution bekräftigten und damit einer erzählerischen Desintegration Berlins Vorschub leisteten.

Noch deutlicher zur Kritik eines Berliner Sonderwegs neigten die Kieler Zeitungen. Der Vorwurf im BTB, dass einzig Berlin der Parole nach Ruhe und Ordnung nicht folge, geriet dabei gewissermaßen zum Leitspruch der Kieler Berichterstattung. Die Vorbildhaftigkeit der Kieler Bevölkerung und ihrer Körperschaften, eine einheitliche Bewegung gebildet und die Ordnung aufrecht erhalten zu haben, konnte erst vor der Berliner Gegenfolie überhaupt – wenn auch in erster Linie implizit – entwickelt werden. So prägte der inzwischen nach Berlin zurückgekehrte ehemalige Kieler Gouverneur Noske mitsamt namenlosen Kieler Matrosen im Rahmen der Reichsrätekonferenz Mitte Dezember in Vorträgen und Redebeiträgen das Bild vom in Sachen Ordnung und Einigkeit vorbildlichen

36 Beispielhaft RF Nr. 24, 09.12., „Der Proteststurm der Berliner Arbeiterschaft".
37 BTB Nr. 661, 28.12., „Demokratie und Beamte. Eine Kundgebung der Deutschen demokratischen Partei".

Kiel, dem gegenüber Berlin unbillig abfalle. Diese Berichte nahm auch der Berliner Vorwärts ausführlich auf, unter anderem am 19.12.[38]

Auch die SHVZ beteiligte sich an der symbolischen Gegenüberstellung von Kiel und Berlin. Hatte sie es am 11.11. noch begrüßt, dass der Kieler Generalstreik noch nicht abgebrochen, sondern als Zeichen der Solidarität mit den Berliner GenossInnen weitergeführt wurde, kritisierte sie den vermeintlichen Sonderweg Berlins in der deutschen Revolution seit Mitte November zunehmend.[39] Zunächst bemühte sie sich noch, den Berlinern die Kieler Ruhe und Ordnung als nachahmenswürdig vorzustellen, verzweifelte aber anschließend an der Andersartigkeit Berlins. Stadt und dortige Regierung böten, urteilte die SHVZ am 09.12., „kein imponierendes Bild". Am 18.12. war gar vom „Berliner Saustall" die Rede, am 27.12. vom „schimpflichen Treiben". Berlin stehe jedoch, machten die Redakteure am 30.12. klar, nicht für das Reich. Mehr noch, „Berlin" sei, so wie man es symbolisch verstehe, eigentlich gar nicht selbst Berlin. Vielmehr werde der reichsweite Eindruck von Berlin lediglich durch das nicht unterbundene Treiben einer dortigen Minderheit hervorgerufen, während auch in Berlin, wie überall im Reiche, die Kräfte, die auf Ordnung und Ruhe – also die Kieler Parolen – drängten, in der Mehrheit seien. Dass die Berliner Regierung nach dem Bruch des Bündnisses mit der USPD sich schließlich bereitfand, dem Drängen aus der Provinz nachzugeben und allen Kräften, die auf ein Weitertreiben der Revolution aus waren, mithin also auf eine zeitweilige Außerkraftsetzung von Ruhe und Ordnung, gewaltsam-militärisch entgegenzutreten, begrüßte neben den hiesigen bürgerlichen Blättern auch die SHVZ. Sie leisteten damit einer Erzähltradition Vorschub, die die Begriffe „Revolution", „Bolschewismus" und „Bürgerkrieg" kaum mehr unterschied und ihnen stattdessen mit „Ruhe", „Ordnung" und „Sicherheit" eine polarisierte Gegenfolie bot.

Vor dem Hintergrund der verbreiteten Abneigung gegen den bildlichen Stellenwert Berlins verwundert es kaum, dass der Rat der Volksbeauftragten sich schließlich entschied, den symbolischen Fixpunkt der neuen Republik nicht dort anzusiedeln, sondern in Weimar. Er folgte damit zwar in erster Linie sicherheitspolitischen Erwägungen. Der gar sehr abseitige Ort in Thüringen war aber gleichzeitig ein klares Bekenntnis zur narrativen und symbolischen Selbstbeschränkung der deutschen Revolution. Nicht an einem symbolträchtigen Ort der stattgehabten Revolution sollte die Geschichte der jungen Republik räumlich zulaufen, sondern an einer Stelle, die von den dramatischen Geschehnissen gewissermaßen unberührt geblieben war. Erzählerischer Anknüpfungspunkt der Weimarer Demokratie waren nicht Aufstand, Bewegung und Zivilengagement, sondern verflossene Zeiten deutscher Kultur. Dadurch wurde die erzählte Zeit der Weimarer Republik derart über die verbildlichten Ereignisse der deutschen Revolution hinaus verlängert, dass Kiel in einer nun Jahrhunderte umfassenden Erzählung notgedrungen zur episodenhaften Marginalie verfiel.

38 Vorwärts Nr. 348, 19.12., „Revolution und Nationalversammlung. Ein Vortrag Noskes".

39 SHVZ Nr. 265, 11.11., „Die Wiederaufnahme der Arbeit abgelehnt"; im Folgenden Nr. 288, 09.12., „Entschlossenheit"; Nr. 296, 18.12., „Das Parlament der Nichtparlamentarier. Stürmische Sitzung der A.- und S.-Räte"; Nr. 302, 27.12., „Die Kieler Matrosen für die Regierung"; Nr. 304, 30.12., „Noske und Wissell Volksbeauftragte".

40 Graf, Rüdiger, »Die Langeweile der Revolution und die Privatisierung des Politischen«, in: Graf, Rüdiger/Steuwer, Janosch (Hg.), *Selbstreflexionen und Weltdeutungen. Tagebücher in der Geschichte und der Geschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts*, Göttingen 2015, S. 207-233.

41 Bohn, Robert/Uwe Danker, »Vom Matrosenaufstand in Kiel zur Deutschen Revolution. Quellen, Perspektiven und Handlungsspielräume«, Malente 2018, S. 11-106.

Fazit. Aus heutiger Perspektive erscheint die deutsche Revolution von 1918/19 als positiver historischer Anknüpfungspunkt einer demokratischen Selbstauffassung. Der Aufstand der Kieler Matrosen und ArbeiterInnen Anfang November 1918 markiert darin wiederum einen besonderen Ort. Von hier nahm die Revolution nach gängiger Lesart ihren Ausgangspunkt. Kiel kann daher als Symbol eines erinnerungswürdigen Aktes von zivilgesellschaftlichem Engagement dienen, von Courage, Mut und Bereitschaft zur Aufopferung für Frieden und Demokratie. Insofern hat es guten Grund, dass die historische Bedeutung der Geschehnisse in Kiel sowie das Engagement der dortigen Bevölkerung zum hundertsten Jubiläumsjahr der deutschen Revolution gewürdigt und herausgestellt worden sind. Dass dies nach Jahren zwiespältiger Erinnerung nunmehr gelungen ist, wirft die Frage auf, warum es dazu überhaupt eines ganzen Jahrhunderts bedurfte.

Man kann leicht darauf verfallen, die Verantwortung für das oftmals beklagte Fehlen einer demokratischen Gründungserzählung der Weimarer Republik der erfolgreichen antidemokratischen Gegenpropaganda rechter Gruppen und insbesondere der nationalsozialistischen Doktrin anzulasten. Der Blick auf die Tageszeitungen für den Jahreswechsel 1918/19 macht jedoch gerade für das Beispiel Kiel deutlich, wie selten und wie gering die Potentiale zu einer demokratisch-revolutionären Gründungserzählung selbst in denjenigen Kreisen aufgegriffen worden sind, die der Republik positiv gegenüberstanden und sich an deren Ausgestaltung aktiv beteiligten.

Das Potential zu einer – nach heutigen Begriffen – Zivilengagement und demokratisches Bewusstsein fördernden Symbolisierung Kiels ist von den zeitgenössischen Redakteuren dabei gar nicht übersehen worden. Trotz Zensur wurde über die Vorgänge in Kiel allenthalben berichtet. Auch die Bedeutung des dortigen „Matrosenaufstandes“ für die „Bewegung im Reiche“ ist klar erkannt worden. Selbst der symbolische Wert Kiels als beispielgebende Erhebung und als Ursprung der Revolution scheint in zahlreichen Artikeln von Anfang November durch. Insofern ist es verwunderlich, wie selten und wie gehaltlos in der zeitgenössischen Tagespresse etwa seit dem 13. November noch auf Kiel und den dortigen Aufstand verwiesen worden ist. Die Kieler Zeitungen selbst schienen regelrecht froh zu sein, über nichts Außergewöhnliches mehr berichten zu müssen, während die Berliner Zeitungen von Kiel seit dem Wegfall der Zensur kaum sichtbare Notiz nahmen. Dass die Gründung der Weimarer Demokratie maßgeblich vom physischen Einsatz der Kieler Bevölkerung – die dort befehlsmäßig befindlichen Soldaten und Matrosen eingeschlossen – ermöglicht worden war, spielte in der zeitgenössischen Berichterstattung keine Rolle. Vielmehr erscheint Kiel als quasi zufällige Entladung einer vom Weltgeist vorbestimmten Entwicklung. Stolz oder Euphorie angesichts der in erster Linie menschlichen Leistung ist in den untersuchten Publikationsorganen nicht zu finden. Die erzählerische Marginalisierung Kiels im Rahmen einer zunehmend auf Berlin fokussierten Gründungserzählung

ist von den Kieler Zeitungen klaglos und gewissermaßen zustimmend hingenommen worden. Denn Kiel stand, wenn überhaupt darauf verwiesen wurde, für vorbildliche Ordnung, Ruhe und Gleichförmigkeit, mithin für das Nicht-Außergewöhnliche, das Nicht-Berichtenswerte und das Nicht-Geschehen. Es verschloss sich damit einer Erzählung, die, wie die der Revolution, ihre Überzeugung gerade aus dem Nicht-Alltäglichen, dem Besonderen und der Normabweichung zieht.[40] Insofern dienten Kiel und die dortigen „Aufständischen" auch in denjenigen Tageszeitungen nicht als geeignete Verweise und symbolische Bezugsformen, die wie Rote Fahne und Freiheit im Verlauf des Dezembers 1918 zunehmend in Gegensatz zur MSPD-dominierten und von vielen Bürgerlichen geteilten Erzähl-Doktrin von „Ruhe und Ordnung" gerieten. Schon bevor mit dem Ausscheiden der USPD aus dem Rat der Volksbeauftragten neben der politischen auch die erzählerische Konvergenz sozialdemokratischer Leitbegriffe wie „Bewegung" oder „Revolution" aufgebrochen wurde, spielte Kiel als Symbol oder Erzählbaustein keine Rolle – anschließend umso weniger.

Warum hatte der Aufstand der Kieler Matrosen und ArbeiterInnen in der zeitgenössischen Berichterstattung eine derart geringe Bedeutung? Sollte er vor seiner damaligen journalistischen Marginalisierung gewissermaßen nachträglich gerettet werden?

Je näher man in die historischen Quellen blickt, desto deutlicher kommen die Differenzen zwischen damals und heute zu Bewusstsein. Das mag eine banale Erkenntnis sein. In ihr steckt aber der deutliche Befund, dass die Zeitgenossen 1918/19 eben keineswegs „unsere" Demokratie gründen wollten, sondern mehrheitlich einer Vorstellungswelt angehörten, die mit der unsrigen nicht vereinbar ist. Uwe Danker und Robert Bohn haben hier 2018 sehr umsichtig herausgearbeitet, wie sehr die verschiedenen Kieler Akteursgruppen 1918/19 in ihren jeweiligen Bedingungskontexten verankert und dadurch in ihrer Handlungsumgebung beschränkt gewesen sind.[41] Die erzählerische Marginalisierung des Aufstandes in Kiel in der zeitgenössischen Tagespresse ist daher kein passives Versäumnis oder gar Vergessen, sondern eine aktive Selbstbeschränkung einer demokratischen Gründungserzählung, der die Geschichte einer großen Revolution gegen die Leitmotive von „Ruhe" und „Ordnung" schlicht zu groß gewesen ist. Aus unserer heutigen Perspektive besteht Interesse, die damaligen Geschehnisse als „Revolution" zu begreifen, damit sie im gegenwärtigen Demokratiebewusstsein anschlussfähig bleiben. 1918/19 taten sich die Zeitgenossen aus ihrer erfahrungsgeschichtlichen Verwurzelung im Kaiserreich heraus und aufgrund ihrer Wahrnehmung einer entbehrungsreichen Nachkriegsgesellschaft sehr viel schwerer damit, die unlängst stattgehabten Geschehnisse mit ihrer Gegenwartsauffassung zu verbinden. Dazu trug auch bei, dass die Zeitgenossen anders als die Nachgeborenen über den weiteren Verlauf der Geschehnisse notgedrungen noch nicht Bescheid wussten. Was heutzutage als historisches Puzzlestück in eine

lange und wechselvolle demokratische Gesellschaftsgeschichte integrierbar ist, war seinerzeit noch offene Gegenwart.

Mit dem Aufstand der Kieler Matrosen und ArbeiterInnen wussten die zeitgenössischen Tageszeitungen daher – überspitzt gesagt – vielfach nichts anzufangen. Die auch symbolische Flucht in das von erzählerischen Sensationen unberührte Weimar ist dafür bezeichnend.